

# Eine Weltordnung im Umbruch. Was nun?

by Bo Stråth | Dec 18, 2025

## 3. Ein wertebasiertes Europa in einer nihilistischen Zeit

### Ausgangspunkt: Werte und Realität – die Dialektik der Aufklärung

Die Welt so zu beschreiben, wie sie ist, hindert uns nicht daran, uns vorzustellen, wie sie sein sollte. Oftmals wird ein Gegensatz zwischen diesen beiden Perspektiven aufgebaut. Ein gutes Beispiel dafür ist Herfried Münklers Buch *Welt in Aufruhr* über eine zerfallende Weltordnung mit prognostischem Anspruch, das 2023 veröffentlicht wurde, als noch kaum jemand Trumps Rückkehr als reale Alternative in Betracht zog (Münkler 2023). Das Buch ist ausdrücklich programmatisch in seinem Bestreben, die Welt so zu beschreiben, wie sie war und ist, und Fragen darüber, wie sie sein könnte, sollte oder müsste, zurückzuweisen. Normative Fragen werden nicht behandelt, wodurch die Alternativen aus der Geschichte und dem Zukunftsdenken verschwinden. Auf dieser Grundlage drückt der Autor seine Ambition aus, eine Prognose darüber zu erstellen, wie die Welt aussehen wird, und skizziert eine Weltordnung rund um fünf große Blöcke: die USA, Europa, China, Russland und Indien. Das Pentagon hat eine bipolare Dimension mit den USA und Europa gegen China und Russland, wobei eine gewisse Unsicherheit darüber besteht, wo Indien landen wird.

Der Punkt hier ist nicht, festzustellen, dass die Entwicklung mit Trump einige Jahre nach Münklers Prognose eine andere Richtung genommen hat. Das ist eine Situation, in die jede Prognose geraten kann, da die Zukunft im Prinzip unvorhersehbar ist, weil ständig neue Elemente hinzukommen und das Bekannte, das sich wiederholt, verändern. Die Kritik hier bezieht sich auf Münklers Ablehnung der Visionen und Alternativen. Münklers Prognose eines USA-Europa-Blocks in einem bipolaren Pentagon erweist sich heute als genau der Tagtraum, den er ablehnen möchte. Seine Prognose war auch eine Vision. Der wahre Historiker beschäftigt sich mit der Realität, wie sie wirklich war, und erstellt auf dieser Grundlage Prognosen für die Zukunft durch Trendprognosen, während die Visionen von alternativen Zukünften von Tagträumern erstellt werden. Diese Unterscheidung hält nicht stand, und die Ironie dabei ist, dass Münkler dies selbst zeigt. Das Argument hier ist, dass die Unterscheidung zwischen wie es eigentlich gewesen ist, die Erfassung der Realität, nicht in einem wertfreien Raum stattfindet und dass die Auswahl der Fakten wertbasiert ist und dass das wertbasierte Denken über die Zukunft Teil der Realität ist. Das Argument lautet außerdem, dass es möglich ist, eine öffentliche Diskussion über Werte und Realität sachlich und intersubjektiv zu führen und die Zukunft als alternative Zukünfte zu betrachten, unter Ablehnung der

wahnsinnigen Rhetorik um Begriffe wie „false truth“ und „faked facts“, die mit den Verwüstungen des Trumpismus einhergegangen sind. Dies ist etwas anderes als blindes Vertrauen in die Zukunft als Trendprognose ohne Werte.

Der Romantiker und Bischof Esaias Tegnér schrieb in einer dunklen Zeit, geprägt von Revolution und Napoleonischen Kriegen, in seinem Gedicht „*Det eviga*“ (Das Ewige), dass der Starke seine Welt mit dem Schwert formt und dass das Gerücht über seine Stärke wie Adler fliegt, aber dass „was Gewalt schafft, ist unbeständig und kurzlebig, es stirbt wie ein Sturmwind in der Wüste“. Das Richtige, das Wahre und das Schöne waren die gegensätzlichen Werte, die für die Ewigkeit standen. Natürlich nimmt heute niemand Tegnér beim Wort, weder dass Gewalt nur eine kurze Episode ist, noch dass das Richtige und Wahre Bestand hat. Aber wie ein Traum in einer turbulenten Zeit war das Gedicht real. Es drückte das Bedürfnis aus, sich eine alternative Welt vorzustellen. Damit gehört es in die Diskussion darüber, wie es wirklich war. Was das Wahre, das Richtige und das Schöne betrifft, so handelt es sich um Werte, die nicht eindeutig und endgültig definiert werden können, sondern mit Substanz gefüllt werden müssen, und diese Substanz ist oft umstritten und verändert sich mit der Zeit. Aber als Behälter, die kontinuierlich mit Inhalt gefüllt werden müssen, existieren sie. Das Normative ist Teil der Realität.

Darüber herrschte in der westlichen Welt bis vor kurzem relative Einigkeit. Die Demokratie war eine endgültige Regierungsform mit Institutionen und Normen, um Konflikte in Kompromisse zu verwandeln, mit einem Gleichgewicht zwischen Minderheitenrechten und der Legitimität von Mehrheitsentscheidungen in einem normativen Rahmen, der ebenso wichtig war wie die Institutionen innerhalb dieses Rahmens. Es gab Objektivitätskriterien und -ideale, aber auch die Erkenntnis, dass das Objektive und das Wahre aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden konnten und in diesem Sinne nicht absolut waren. Aber sie waren für die öffentliche Debatte durchaus brauchbar. Die unterschiedlichen Sichtweisen bildeten die Grundlage für die Debatte. Sie verbanden und trennten die Öffentlichkeit zugleich. Letztendlich ging es um den Glauben an die Aufklärung und an die Moderne als Fortschritt. Demokratietheorie ist normative Theorie

Nach zwei Weltkriegen und dem Holocaust war natürlich klar, dass die Werte der Aufklärung nicht immer befolgt wurden und dass es Epochen gab, in denen sie über Bord geworfen wurden. Die Philosophie der Aufklärung zeichnete ein Idealbild. Die Idee des Fortschritts konnte auch zu ganz anderen Entwicklungen führen als zur Industrialisierung für immer bessere Lebensbedingungen. Die Industrialisierung basierte auf der Ausbeutung von Menschen und der Plünderung von Rohstoffen in den armen Ländern durch Kolonialismus und Imperialismus. In Hitlers Deutschland leisteten die Eisenbahnen, die ein Grundpfeiler des Wohlstand schaffenden Industrialismus waren, Transportdienste zu den Gaskammern. Nicht automatisch als vorbestimmte Folge des Industrialismus, sondern durch menschliche Entscheidungen und Handlungen. Hier muss man hinzufügen, dass auch Demokratie und Wohlstand nicht automatisch mit der Industrialisierung

einhergingen, sondern durch menschliche Konflikte und Kämpfe, die auf Entscheidungen und Handlungen beruhten und zu diesen führten.

Obwohl die Schattenseiten der Industrialisierung und Modernisierung bekannt waren und im Ersten Weltkrieg voll zum Ausdruck kamen, war der Holocaust ein absoluter Nullpunkt, der gegen minus 273 Grad tendierte. Drei Generationen später und nach weiteren Völkermorden hat sich der Schock gelegt. Es ist schwierig, sich mental in die Jahre um 1945 zurückzusetzen, als der Holocaust immer mehr allgemein bekannt wurde. Die deutschen Philosophen im amerikanischen Exil, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, veröffentlichten 1947 *Die Dialektik der Aufklärung*, eine überarbeitete Fassung eines Textes, den sie bereits 1944 unter dem Titel *Philosophische Fragmente* unter Freunden und Kollegen in Umlauf gebracht hatten (Horkheimer und Adorno 1947). Sie befassten sich mit der Frage, wie die Aufklärung so sehr scheitern konnte, dass sie sich in ihr Gegenteil verkehrte, wie das, was einst die Antwort auf Mythen und Aberglauben war, sich unter verschlungenen Namen wie Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus in einen neuen gigantischen Mythos verwandelte. Die Kulturindustrie und der Massenkonsum führten in der Analyse von Horkheimer und Adorno nicht zur Emanzipation der Menschheit, sondern zu ihrer Unterwerfung unter Totalitarismus und neuen Formen der Barbarei und gesellschaftlicher Machtausübung, ohne dass die konventionelle Theorie eine Antwort darauf hatte. Nach Marx sollten die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften durch die Weltrevolution gelöst werden. Die liberale Marktwirtschaft, die einst mit der Autonomie des Individuums und dem Wettbewerb zwischen privaten Unternehmern verbunden war, hatte statt einer Weltrevolution zu einem zentral geplanten System aus Staatsmacht und Kapitalkonzentration geführt. Die Hoffnung auf die soziale Revolution war in Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus gemündet. Die kritische Theorie, die sich in Anlehnung an Marx entwickelt hatte, hatte, wie Jürgen Habermas feststellte, nichts mehr, worauf sie sich berufen konnte, als die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse eine hochgiftige Symbiose eingegangen waren, anstatt die Kette zu sprengen, die sie zusammenhielt (Habermas 1982). Horkheimer und Adorno sprachen von einer Regression der Vernunft, als sich der Nationalsozialismus zu etwas entwickelte, das den Formen des Aberglaubens und Mythos ähnelte, aus denen die Aufklärung als Folge des Glaubens an den historischen Fortschritt, an die Idee des Fortschritts, hervorgegangen war. Die Aufklärung biss sich schließlich in den Schwanz.

Horkheimer und Adorno sahen einen Grund für diese Entgleisung in der Massenkultur rund um industriell hergestellte Kulturprodukte, Filme, Radioprogramme und Zeitschriften, die das Denken homogenisierten und die Massengesellschaften zu Gehorsam und Passivität manipulierten. Das Radio war ein Massenmedium, das den Zuhörern keine Möglichkeit zur Antwort bot, wie es beim Telefon der Fall war. Die Zuhörer waren nicht mehr Subjekte, sondern passive

Empfänger, die autoritären Botschaften ausgesetzt waren, mit denselben Programmen von verschiedenen Sendern. Man denke hier an die Propagandamaschinerie des Dritten Reiches unter Göbbels. Man könnte hinzufügen, dass in diesem Muster eine nivellierende nihilistische Tendenz eingebettet war, die sich weit über Hitlers Deutschland und weit über den Holocaust hinaus verbreitete. Vor dem Hintergrund der digitalen Revolution und der Macht der Algorithmen scheinen wir vor einer Version 2.0 dessen zu stehen, was Horkheimer und Adorno beschrieben haben.

Horkheimer und Adorno verbinden das Scheitern des Aufklärungsprojekts mit dem Antisemitismus, den sie als Reaktion auf die dem Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft innewohnenden Widersprüche betrachteten. Die Juden als allgemeiner Sündenbock waren eine Projektion von Gefühlen der Entfremdung und Ohnmacht im Zuge der nivellierenden Massenkultur. Diejenigen, die diese Gefühle hegten und nicht in der Lage waren, sich mit ihren Ursachen auseinanderzusetzen, externalisierten sie, indem sie ein stellvertretendes physisches Objekt identifizierten, das sie absorbieren konnte: die Juden. Die Judenverfolgung war ein Symptom für die ungelösten Widersprüche und Pathologien der modernen Gesellschaft.

Über *Die Dialektik der Aufklärung* schwebt eine pessimistische Grundstimmung. Das Buch beschreibt jedoch keine negative Teleologie und ist kein Ausdruck deterministischer Gedanken. Die Autoren sehen in der kritischen Theorie eine Möglichkeit, auf die Auswüchse und Entgleisungsrisiken der Aufklärung zu reagieren. Es gibt einen Handlungsspielraum, egal wie groß oder klein er auch sein mag, durch radikale Kritik an der Umsetzung der Aufklärungsidee und den sozialen Verhältnissen, die zu den Auswüchsen führen. Die Zukunft ist im Prinzip offen. Hier könnte man hinzufügen, dass der kritische Grundgedanke in das Aufklärungsprojekt selbst eingebaut ist, pace Kant.

## Die dunkle Aufklärung: schrecklicher theoretischer Humbug

Was die Sündenbocktheorie betrifft, so führte der Religionsanthropologe René Girard die Gedanken in ganz andere Richtungen als die kritische Theorie. Girard war der Mentor des Tech-Milliardärs Peter Thiel, der wiederum eine Art philosophisch-religiöser Mentor für Vizepräsident Vance ist (Sträth 2025 a). Girard verband den Sündenbock mit der mimetischen Theorie. Der Mensch ist ein nachahmendes, imitatives Wesen. Das Nachahmen hat einen anthropologischen Charakter. Der Wettstreit aller mit allen, gleich zu werden, endet im Krieg aller gegen alle. Nur der Sündenbock kann Frieden und Ordnung wiederherstellen. Aber wie Adorno und Horkheimer war Girard kein Determinist. Das Streben nach Nachahmung bedeutet nicht unbedingt, dass der Mensch von Natur aus böse ist. Im Prinzip ist der Mensch durch seine extreme Offenheit gegenüber anderen gut, die

andere Seite des Nachahmungstriebes. Nachahmung bedeutet auch, von anderen zu lernen und zu teilen. Das Leben ist ein Lernprozess. Die Vorstellung, dass die Menschheit von Natur aus gewalttätig ist, ist ebenso unmöglich wie die Behauptung, dass sie von Natur aus gut ist, schreibt Girard. Wenn Gewalt und Krieg von biologisch bedingten Trieben angetrieben würden, wäre der Mensch unfähig, Aggressionen zurückzuhalten, was er aber nicht ist. Er ist weder böse noch gut, sondern beides. In der Anthropologie des gläubigen Katholiken Girard zeigt sich die unlösbare Spannung zwischen dem Menschen als Abbild Gottes und dem Menschen als Abtrünniger.

Vor diesem Hintergrund ist es schwer zu verstehen, wie Girard zu einem Bezugspunkt für die eigenartige Front reaktionärer Ideen geworden ist, die den Trumpismus in den USA und die rechtsradikalen Bewegungen weit außerhalb der USA umrahmen und inspirieren. Der Literaturkritiker Ijoma Mangold hat in einem kurzen, prägnanten Artikel Thiels bizarre Weltanschauung zusammengefasst, libertär und reaktionär, ohne Zielkonflikt zwischen beiden, inspiriert von Girard, aber verzerrt (Mangold 2025). Girards mimetisches Verlangen bedeutet nicht, dass Menschen in erster Linie nach materieller Nachahmung streben, wobei das, was sie anstreben, einen Eigenwert hat, sondern dass sie das begehren, was andere begehren, weil andere es haben wollen. Wir sprechen von Modetrends. Das Verlangen ist unersättlich und eine starke soziale Triebkraft. Deshalb ist für Girard nicht die Verschiedenheit, sondern die Gleichheit zwischen den Menschen die Ursache für Gewalt. Mangold nennt das Beispiel China. 2007, im Jahr vor dem neoliberalen Zusammenbruch, sahen alle, wie China durch die Globalisierung dem Westen immer ähnlicher wurde, und gingen davon aus, dass die Welt dadurch friedlicher geworden sei. Girard warnte jedoch, dass Chinas Anpassung im Gegenteil der Beginn einer gewalttätigen Rivalität sei. Girard war ursprünglich von Shakespeare und der Tragödie Romeo und Julia zu seiner Theorie inspiriert worden, in der die Beziehung zwischen zwei gleichberechtigten Familien in tödlichem Hass endete. Aber es war nicht die Literaturgeschichte um Shakespeare, sondern die Algorithmen in den sozialen Medien, mit denen die Theorie umgesetzt werden sollte. Dort vervielfachte sich in beschleunigtem Tempo der Vergleich mit anderen und die Eigenschaft, Dinge nicht zu tun, weil man es selbst will, sondern weil andere es tun und um andere zu beeindrucken. Bei physischen Begierden geht es um Nutzen. Mentale Begierden haben mit Identität zu tun. Thiel erkannte früh, wie man aus einem anthropologischen Grundinstinkt des Menschen Kapital schlagen kann, und investierte in Facebook. Soziale Medien sind eine profitable Identitätsindustrie, in der Identitätskrisen und Konflikte entstehen, wenn alle gleich sind und keine Abgrenzung zu anderen besteht.

Doch trotz gigantischer Gewinne verachtet Thiel den Drang des Menschen zur Nachahmung, der unabhängiges Denken und Originalität verhindert. Über seiner Haltung liegt etwas „Panzerverkleidetes und Teflonartiges, als wolle er die nivellierenden Gedanken anderer nicht zu nahe an sich heranlassen“ (Mangold

2025). Wettbewerb ist nur etwas für Verlierer. Der wahre Innovator baut einen Markt auf, den er als Monopolist beherrscht. Nur die Einfältigen setzen sich dem gewinnmindernden Wettbewerb mit ähnlichen Produkten aus. Nietzsches Übermensch erhebt sich aus dem Wettstreit der Begierden und führt Girards Theorie in neue Richtungen. In Thiels Augen sind Universitäten Orte der geistigen Gleichschaltung. Vor dem Hintergrund der weltweiten Lage werden immer mehr Stimmen laut, die eine Art Weltregierung als einzige Rettung vor der drohenden nuklearen Zerstörung oder dem totalen Klimakollaps fordern, z. B. eine reformierte UNO. Für Thiel wäre das eine totalitäre Lösung. Totalitär in unzulässiger Konkurrenz zu Thiels totalitärem Monopolismus, muss man hinzufügen. Aber er weigert sich, seinen eigenen Monopolismus als totalitär zu betrachten. Eine Weltregierung wäre der Antichrist, die Figur, die laut Bibel der Apokalypse vorausgeht, eine Figur, der sich verängstigte Menschen in die Arme werfen, nur weil sie Frieden und Sicherheit verspricht. Supranationale Organisationen sind für Thiel ein Gräuel. Er verbindet den Glauben an die positive Wirkung des Monopols für den technologischen Avantgardismus mit dem Glauben an das ewige Leben, das eher durch Technologie als durch eine göttliche Macht ermöglicht wird. Kryokonservierung und algorithmische Bioverbesserung sind das Mittel zum ewigen Leben. Aber nicht als Massenmittel für alle, sondern nur für die Auserwählten, die Techno-Oligarchen mit übermenschlichen Eigenschaften, Kapital und Wissen, deren Gene es gilt, auf dem Planeten Erde oder in einem Raumschiff zur Neukolonisierung weiterzugeben. Als bekennender Christ glaubt er an die Auferstehung des Fleisches. Deshalb ist die Tiefkühlung des Körpers, um in Zukunft vollständig wiederbelebt werden zu können, ganz im Sinne der christlichen Lehre, so Thiel, der sowohl ein wortgetreuer biblischer Christ als auch der radikalste Verfechter aller technischen Fortschritte sein will. Das düstere Denken im Nebel um Peter Thiel, der ganz richtig ein Anhänger der *dark enlightenment* ist, arbeitet mit Kontrastwirkungen (Mangold 2025).

Thiels Ziel ist es, die Demokratie zu zerstören, die zu viele Menschen dazu gebracht hat, frei zu denken, und zu Chaos geführt hat. Demokratie ist freier Wettbewerb, was in starkem Gegensatz zu Thiels Monopolfantasie steht. Das Böse – die Demokratie, der Antichrist – begann mit der Aufklärung. Thiel führt einen Kampf gegen das moderne Aufklärungsprojekt. Was er als dunkle Aufklärung bezeichnet, ist eine Gegenrevolution mit Idealen aus einer vormodernen Zeit, in der die Alleinherrschaft vorherrschte. Thiel erinnert an Joseph de Maistre (1753–1821) und dessen Verteidigung des Ancien Régime gegen die Ideen der Aufklärung und Gedanken zur Gegenrevolution.

Wie ist Peter Thiels Faszination für Girard zu verstehen? René Girard (1923–2015) erregte mit seinem 1972 erschienenen Buch *La violence et le sacré*, einer anthropologischen Analyse religiöser Erzählungen über Opfer und Gewalt in archaischen Gesellschaften, einige Aufmerksamkeit innerhalb der Wissenschaft. Der Untersuchungszeitraum endet zur Zeit der biblischen Evangelien. Archaisches Gewalt entsteht dadurch, dass Menschen Begehrlichkeiten für Dinge entwickeln, die

anderen gehören. Dieses Streben führt zu einem ausgleichenden Konflikt, alle gegen alle, der mit einem Sündenbock endet. Durch dessen Tötung wird der Frieden wiederhergestellt. Girard folgte mit einem zweiten Buch (Girard 1978), einer Diskussion mit zwei Psychologen über mimetische Gewalt, die Gewalt, die aus der Neigung des Menschen zum Nachahmen resultiert und die er als anthropologische Kategorie definierte. Girard wurde ein angesehener Anthropologe und 2005 Mitglied der Académie Française, aber in den 1990er Jahren, als Peter Thiel mit ihm in Kontakt kam, war er eher ein Einzelgänger, der seine Stärke daraus bezog, gegen den Strom zu schwimmen, während er untersuchte, wie alle anderen mit dem Strom schwammen. Seit den 1970er Jahren gehörten die Sozialwissenschaften den Postmodernisten und Poststrukturalisten an, Foucault, Lyotard, Derrida und anderen, den Hauptakteuren der sogenannten französischen Theorie. Gegen sie suchte Girard sein Profil. Der Titel von Girards Buch aus dem Jahr 1978 lautete *Les choses cachées*. Es ist vergleichbar mit Foucaults *Les mots et les choses* über die Ordnung der Dinge aus dem Jahr 1966, die verborgenen Dinge gegenüber der Ordnung der Dinge.

Eine Flut von Podcasts und kürzeren und längeren Artikeln ist im Zuge des verstärkten Trumpismus seit 2025 entstanden, mit dem Ziel, Girards intellektuellen Einfluss zu erforschen. Der Kulturkritiker und Journalist Andreas Bernard stellt kurz und prägnant fest, dass die hermeneutische Energie bei der Suche nach dem Sinn des Trumpismus verständlich, aber vergeblich ist (Bernard 2025). Es gibt keine intellektuelle Verbindung zwischen Girard auf der einen Seite und Thiel und seinem Protegé, Vizepräsident Vance, auf der anderen Seite, sondern nur eine affektive Verbindung, die Identifikation mit dem kämpfenden Einzelkämpfer. Dieses Bild entspricht Thiels Selbstbild als Monopolist im einsamen Kampf an der Forschungsfront. Thiel macht Girard zu einem universellen Weltdeuter und sieht sich selbst als universellen Weltverbesserer. Thiels Stiftung Imitatio (sic) drehte 2022 einen Dokumentarfilm über Girard, *Things Hidden*, der mit seiner sphärischen Hintergrundmusik und den Lobeshymnen von Begleitern über Girards einzigartige Bedeutung für die Geisteswissenschaften im späten 20. Jahrhundert dem Porträt eines Sektengründers ähnelt. Thiel selbst stellt fest, dass der Meister den Schlüssel zu Gottes Plan für die Geschichte besitzt. Inhaltliche Verbindungen zwischen Girard und Thiels Unternehmensphilosophie, mit dessen Verachtung des Wettbewerbs und Lobpreisung von Monopolen, fehlen. Möglicherweise sieht sich Thiel auch als Instrument Gottes.

Der Stanford-Anthropologe Paul Leslie gehörte zusammen mit Peter Thiel zu einer Lesegruppe von Studenten, die in den 1990er Jahren in Stanford zu Füßen des Meisters saßen. In einem kürzlich erschienenen Artikel (Leslie 2025) berichtet er, wie Thiel später Girards Gedanken eine völlig neue Wendung gab, Girards Offenheit in Bezug auf die Zukunft zum Thema Gut und Böse kaperte und ihn näher an Denker wie Oswald Spengler, Carl Schmitt und Leo Strauss annäherte, Spengler mit seinen Gedanken zum Untergang des Abendlandes nach dem Ersten Weltkrieg und seinen

Ideen zu einer nationalistischen und antidemokratischen konservativen Revolution als Heilmittel, Schmitt mit seiner Freund-Feind-Theorie als anthropologischer Kategorie und mit der Auffassung, dass politische Macht die Fähigkeit ist, den Ausnahmezustand zu erklären, Strauss mit seinem Begriff der esoterischen Schrift, wie Philosophen gefährliche Wahrheiten verbergen können, indem sie verschlüsselt und codiert für Eingeweihte schreiben und zum Lesen zwischen den Zeilen einladen. In Thiels Anwendung von Strauss kann eine Elite einheitliche Entscheidungen ohne öffentliche Debatte durchsetzen. Mit Schmitt verwandelt Thiel Girards mimetische Gedanken mit offenem Ausgang in schicksalhaften Decisionismus.

Peter Thiel ist zusammenfassend ein Scharlatan, der sich den Sozialwissenschaften mit Bricolage als Methode nähert. Er identifiziert einen großen Denker, mit dem er sich identifizieren kann, und macht den Denker in der Werbung für ihn noch größer, weil dadurch auch er selbst größer wird. Im Schutz des Denkers baut er dann einen eigenen Interpretationsrahmen auf, indem er den Denker in freier Fantasie mit Figuren in Verbindung bringt, die eigentlich gar nicht in dessen Gesellschaft gehören.

Wenn Vizepräsident Vance versucht, die Sündenbock-Theorie im Wahlkampf anzuwenden, wird es plumper und direkter. Auf CNN behauptet Vance, er habe Informationen aus erster Hand, dass haitianische Einwanderer Hunde und Katzen von der weißen Bevölkerung in Ohio stehlen, um sie zu essen. Er hat zwar keine Beweise, verteidigt sich aber mit der Begründung, dass er, wenn er Geschichten erfinden muss, damit die amerikanischen Medien auf das Leiden der Amerikaner aufmerksam werden, dies auch tut (CNN 2025). Man sollte die Bedeutung eines Beispiels wie Vance nicht überbewerten, aber es ist dennoch ein Beispiel dafür, wie schnell und leicht der Sündenbock aktiviert wird. Nach Girards Tod nimmt Thiel die Hilfe seines ideologischen Spinndoktors Curtis Yarvin in Anspruch, als sie mit ihrer dunklen Aufklärung versuchen, die Thronfolge nach Trump mit dem Vizepräsidenten als Kronprinzen zu sichern.

Adorno und Horkheimer sahen, wie die Aufklärung in einem gigantischen Mythos mit einem Sündenbock als verbindender Kraft mündete. Mit Thiel und Vance als Fahnenträgern ist der Girardismus zum Trumpismus geworden und in einem mythologischen Gewirr mit einem Sündenbock namens Migranten gelandet, was an Adornos und Horkheimers These und Schlussfolgerung erinnert, dass der Trumpismus mit kritischer Vernunft bekämpft werden muss.

Das christlich-heidnische Sammelsurium des Techoligarchen und seines Spinndoktors bildet die Grundlage für einen Frontalangriff auf den Wertekanon Europas in einer Zeit, in der die Denker Europas ihre Energie darauf verwenden, nationale Wertekanons rund um eine großartige Vergangenheit aufzubauen. Das Gedankengewirr des Techoligarchen weckt Erinnerungen an den Fanatismus rund um das Tausendjährige Reich vor fast hundert Jahren. Aus dem Nihilismus, der auf die totale Zerstörung des Wertkanons folgen soll, soll das Reich der künstlichen



Intelligenz entstehen. Die Utopie erschreckt, aber die Apokalypse, die ihr vorausgeht, noch mehr.

Aus dem Weihrauch rund um der dunklen Aufklärung wachsen das Selbstbewusstsein und die Hybris der Tech-Oligarchen, während die KI die Initiative übernimmt. Was macht es mit der Persönlichkeit, wenn man die KI um Hilfe bei immer mehr Dingen bittet, nach Informationen sucht, einen Brief verfasst, eine Kaufentscheidung trifft oder um Beziehungsrat fragt? Die KI wird zu unserem ständigen Ratgeber und Begleiter im Alltag, und schließlich trauen wir uns nichts mehr zu tun, ohne die KI zu fragen. Angst und Unsicherheit breiten sich aus, wenn nur die KI uns Selbstvertrauen geben kann. Diese neue Schwäche öffnet Tür und Tor für politische und andere Verführungen. Gleichzeitig wächst die Verachtung der Techno-Oligarchen für ihre Mitmenschen, die sie nicht als Mitmenschen, sondern als einfältige Konsumenten mit Herdenmentalität betrachten. Die Schrift *Algorithmic Rule* befasst sich mit den Risiken der algorithmischen Revolution (Vinge & Fjaestad 2025).

## Der Marktmythos, das Mittelfeld und der Sündenbock

Der Marktmythos war ein Mythos, weil der Markt keineswegs so selbsttragend ist, wie es die neoliberale Globalisierungserzählung behauptete. Der Markt der Erzählung wurde von wirtschaftlichen Kräften am Laufen gehalten, die durch den Mythos verdeckt wurden und die Macht hatten, Ressourcen von unten nach oben umzuverteilen und den Glauben zu verbreiten, dass jeder Teil des bevorstehenden wirtschaftlichen Aufschwungs werden könne. Thomas Piketty hat ausführlich gezeigt, wie die Zahl der Milliardäre, ein Begriff, der 1990 noch nicht existierte, nahezu exponentiell wuchs (Piketty 2013, 2015; Piketty & Sandel 2025). Pikettys Formel lautet  $r > g$ , *rent* größer als *growth*, die Kapitalrendite wächst systematisch und kontinuierlich stärker als die Arbeitseinkommen und das Wirtschaftswachstum, was bedeutet, dass die Reichen im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung immer reicher werden. Der Markt war nicht die unsichtbare Hand, von der Adam Smith in seiner Beschreibung einer auf Landwirtschaft, Handwerk, Kleinindustrie und Handel in einer kolonialen Welt basierenden Gesellschaft sprach. Ein Jahrhundert nach Smith wurde der Markt zunehmend zur erstickenden Hand der Finanzindustrie und der Kapitalkonzentration. Er wurde zum Forum für zügellose Spekulationen, die zu den Weltkrisen von 1873, 1929 und 2008 führten. Die vielleicht einschneidendste Veränderung im Zuge der Krise des Dollars und des fordistischen Produktionssystems Anfang der 1970er Jahre war die Befreiung der Finanzmärkte von nationaler Kontrolle. Diese Kontrolle war ein wichtiger Bestandteil der keynesianischen Politik. Der Befreiung ging eine intensive Kampagne der großen

globalen Warenproduzenten voraus, die bereits in den 1960er Jahren begann und sich in den 1970er Jahren beschleunigte. Sie begannen, sich als multinational oder transnational zu bezeichnen. Das Ziel war, dass die Finanzströme für Exporte und Importe zu unternehmensinternen Transaktionen werden sollten, die sich der Kontrolle der Staatsmacht entziehen (Stråth 2023: 24-56).

Ronald Reagan verfolgte in den 1980er Jahren eine Politik der Liberalisierung der Finanzmärkte, um die Krise der 1970er Jahre, die mit der Abkopplung des Dollars vom Goldstandard begonnen hatte, endgültig hinter sich zu lassen. Der Dollar sollte nun durch freie Finanzmärkte wiederbelebt werden und wurde bald wieder zum Motor der Weltwirtschaft. Man könnte sagen, dass es in Ermangelung von Alternativen das neue Gold aus eigener Kraft war. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fielen alle Hemmnisse weg. Kapitalbewegungen und Devisenhandel wurden frei und zum Gegenstand gewinnbringender Investitionen und Spekulationen. Die Liberalisierung untergrub die keynesianische Nachfragestimulierung und band den Regierungen die Hände, wie bereits die Beispiele von François Mitterrand und Ingvar Carlsson aus den 1980er Jahren zeigen (Stråth 2025 b und Stråth 2025 b). Zu hohe Staatsschulden trieben die Zinsen für Staatsanleihen in die Höhe und setzten ihre Währungen unter Druck. Was zu viel war, entschied der Markt. Margaret Thatcher beschrieb die Situation mit den magischen Worten „There Is No Alternative“ (zum Markt). Sie kam zu diesem Schluss als Bewunderin von Friedrich Hayeks Freiheitstheorie. Es liegt eine nicht geringe historische Ironie in ihrer Verknüpfung des Freiheitsbegriffs mit der Position, dass es keine Alternativen gibt, aber die Ironie verschwand in der Euphorie der Zeit. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der Markt zu einem Fetisch, der den Handlungsspielraum der Regierungen bestimmte, ohne dass Fragen gestellt wurden, wer der Markt war und wer die Bedingungen für die Politik festlegte. Der Markt war ganz einfach der Markt, an den die Regierungen die Macht abgegeben hatten.

In den 1990er Jahren wurden alle regierenden Parteien neoliberal. Die Sozialdemokraten mit Tony Blair und Gerhard Schröder als Bezugspunkte, die konservativen Parteien von Thatcher bis Angela Merkel (im 21. Jahrhundert), ja auch die kleineren liberalen Parteien der westlichen Industriegesellschaften mit einer sozialen Dimension in ihrem Profil wurden zu neoliberalen Avantgardisten. Die keynesianische Verteilungspolitik verschwand als Regulierungsinstrument. Es war diese Verteilungspolitik, die die Konfliktlinie in der Politik bildete, die sowohl trennte als auch Ausgangspunkt für die Suche nach Kompromissen war. Mehrheitsbeschlüsse hielten die politische Debatte am Laufen, wurden aber mit Kompromissen kombiniert, indem die interessengeleiteten Konfliktparteien ihre Maximalforderungen aufgaben. Die Mehrheitsbeschlüsse konnten bei den nächsten Wahlen angefochten werden. Niemand sprach von einem politischen Mittelfeld. Die Kommunisten auf der linken Seite waren während des Kalten Krieges relativ isoliert, auch wenn sich eine reformorientierte Linke von den Stalinisten distanzierte und den

Kontakt zu den Sozialdemokraten suchte. Auf der rechten Seite gab es nicht viel rechts von den gemäßigt konservativen Parteien, den Gegnern der Sozialdemokraten in der Verteilungspolitik im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt wie Sozialversicherung, Bildung, Gesundheitswesen und Verkehr. Die Politik war ideologie- und interessenorientiert und drehte sich um sachpolitische Konflikte.

Die Technokratisierung und Professionalisierung der Politik weg von Interessen und Ideologien, deren Beginn Peter Mair in den 1960er Jahren ansetzt (Mair 2013; vgl. **Stråth 2025 b**), und die dazu führte, dass die Parteien zu Stimmen maximierenden Wahlkampfmaschinen ohne langfristige Visionen über die nächste Wahl hinaus wurden, bedeutete, dass die durch die Französische Revolution vorgenommene Einteilung des politischen Feldes in links und rechts an Kontur verlor und sich aufzulösen begann, als alle nach Stimmenmaximierung strebten.

In den glücklichen 90er Jahren war die Markteuphorie hegemonial. Aber unter der Euphorie fand eine erhebliche soziale Marginalisierung statt, die bereits während des Niedergangs des Fordismus in den 70er Jahren begonnen hatte. Es entstanden neue Arten von Arbeitsmärkten, globale, lohnsenkende Produktionsketten mit Proletarisierung und schwacher Interessenvertretung im Gefolge. Die 1990er Jahre waren geprägt von Individualisierung und Privatisierung von Verantwortung. Die Individualisierung der Verantwortung weg vom öffentlichen Bereich bedeutete eine erhebliche Privatisierung und „Outsourcing“ von Funktionen in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, soziale Integration, Arbeitsvermittlung und Kommunikation. Unter der Oberfläche der Markteuphorie kam es zu einer schleichenden Marginalisierung und Segmentierung der Arbeits- und Wohnungsmärkte, während gleichzeitig die öffentliche Verantwortung zurückging. Diese Entwicklung verlief schleichend, da diejenigen, die sich nicht an der Euphorie der 90er Jahre beteiligt fühlten, weitgehend keine Interessenvertretung und keine Möglichkeiten zur Meinungsäußerung hatten.

In der Politik traten Unternehmer neben den etablierten Parteien in Erscheinung. Das beste Beispiel dafür ist Silvio Berlusconi. Die Debatte drehte sich um Erfolg und einen aufkommenden Populismus in Bezug auf Steuererleichterungen und andere „Freiheiten“. Vor dem Hintergrund der Globalisierungstendenz entstanden jedoch auch nationalistischere Gegenbewegungen, wie beispielsweise um Jörg Haider in Österreich 1986 und die Sverigedemokraterna 1988. Seit 1972 gab es bereits Jean-Marie Le Pen mit dem Front National in Frankreich, der nun immer weniger als isoliertes Phänomen erschien.

Die Sozialdemokraten wandten sich von der Verteilungspolitik ab – laut dem Marktmythos gab es ja nichts zu verteilen, und die Finanz- und Devisenmärkte machten deutlich, wenn man als Regierungschef oder Finanzminister das Gegenteil zu behaupten versuchte – und wandte sich der Identitätspolitik zu, die später als „woke“ bezeichnet werden sollte, aber die neoliberale Ausrichtung blieb bestehen. Der Keynesianismus war ein abgeschlossenes Kapitel. Die Konservativen hielten an

dem neoliberalen Marktglauben fest, dass alles für alle besser werden würde, wenn sich der Staat heraushielte. Die Konservativen hatten traditionell kein Problem mit dem Staat. Man sprach immer noch von Konservativen als die Rechte, ohne sie in gemäßigte Konservative und Ultra- oder Populisten zu unterteilen, obwohl sich, wie die Beispiele Österreichs und Schwedens zeigen, bereits extreme Parteien zu bilden begannen. Die Rechte dachte traditionell konservativ und national. Veränderungen sollten in Maßen erfolgen, und der Rahmen war der Nationalstaat. Das Nationale löste sich auf dem sich abzeichnenden grenzenlosen Weltmarkt auf, und die Hegemonie der neoliberalen Erzählung war in ihrer Botschaft, dass alles Alte und Nationale verschwinden sollte, eher revolutionär. Die Konservativen unterwarfen sich ebenso wie die Sozialdemokraten starken ideologischen Widersprüchen, als der politische Konflikt um Verteilung und Privilegien zu einer allgemeinen Unterwerfung unter das, was als Diktat des Marktes bezeichnet wurde, wurde. Sie versuchten, diese Widersprüche im stimmenmaximierenden und alternativenlosen politischen Mittelfeld aufzulösen, wo sich alle drängten und Brüche zwischen Interessen und Ideologien unter der neoliberalen Hegemonie heruntergespielt wurden.

So war die Lage, als die Finanzmärkte der Welt in einer Spekulationsblase zusammenbrachen, die 2008 platzte. Es herrschte große Unsicherheit darüber, wie man reagieren sollte, als der Markt, der als selbsttragend galt und ohne politische Einmischung am besten funktionierte, zusammenbrach. Als politische Führer und professionelle Ökonomen nach historischen Bezugspunkten suchten, landeten sie schnell beim Schwarzen Freitag im Oktober 1929, der die Weltwirtschaft lahmlegte und zum Zweiten Weltkrieg führte, als gelähmte Regierungen keine wirksame Antwort auf die Arbeitslosigkeit hatten und die Krise sich selbst überlassen ließen. Diese Entwicklung galt es um jeden Preis zu verhindern. Auf die gigantischen Vermögensverluste nach dem Crash im September 2008 wurde mit massiven Finanzspritzen reagiert, um Kreditinstitute vor dem Bankrott zu retten. Die politische Rekapitalisierungsmaßnahme mit Steuergeldern und geliehenem Kapital war enorm. Die Staatsschulden schossen in die Höhe. Der Internationale Währungsfonds schätzte anhand von Berechnungen der Kursverluste bei Wertpapieren die Kosten des Zusammenbruchs auf vier Billionen US-Dollar (IMF 2009; Shiller 2012). Die Krise griff 2009 auf die Eurokrise über, ausgelöst durch die finanzielle Lage Griechenlands.

Nun wurde die bisher stille Masse der Verlierer der Globalisierung von neuen politischen Unternehmern, Bewegungen und Parteien aktiviert, die begannen, die Nation als Gegenpol zu den globalen Märkten zu thematisieren. Die Alternative für Deutschland wurde 2013 als Partei gegründet, um Deutschland aus der Euro-Währungsunion herauszuführen. Vor dem Hintergrund dieser Frustration entstand ein neuer Mythos von Nationalismus, autokratischem Paternalismus und einer illiberalen Gemeinschaft als Weg zu sozialem Zusammenhalt im Gegensatz zum neoliberalen Markt. Der Mythos der dunklen Aufklärung wurde durch verschiedene Verschwörungstheorien extrem aufgepeppt. Die Entwicklung hin zum

Nationalismus wurde durch die Flüchtlingskrise 2015 weiter verstärkt, die den Nationalismus und die Grenze zwischen Inklusion und Exklusion radikalisierte. Nun fand der Mythos der Nation seinen Sündenbock, was zu einer Aushöhlung der Asylrechte und der Flüchtlingspolitik führte. Die Abgrenzung gegenüber dem Fremden wurde aggressiver und klassische europäische Werte wurden verdrängt.

Seit 2010 hat sich ein europäischer Rechtspopulismus mit fließenden Grenzen zu extremeren Varianten und faschistischen Idealen entwickelt. Der Nationalismus erlebt einen Boom. Autoritäre Führer treten mit paternalistischen Angeboten auf, die verlockend sind, und sagen, dass sie illiberal sind, was zu einem neuen Begriff in der Debatte wurde. Der Liberalismus, von dem sie sich distanzieren, war nicht der klassische Liberalismus der Aufklärung, sondern der Neoliberalismus. Der zeitliche Zusammenhang dieser Entwicklung mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte und der neoliberalen Erzählung im Jahr 2008 ist klar, aber über die tieferen soziologischen und sozialpsychologischen Zusammenhänge ist noch wenig erforscht. Der Soziologe Cas Mudde formuliert den Ablauf der Ereignisse lakonisch und treffend: Der Rechtspopulismus in Europa ist die Antwort der illiberalen Demokratie auf den undemokratischen Liberalismus (Mudde 2021). Mit undemokratischem Liberalismus meint er den neoliberalen Bruch mit dem Sozialliberalismus der Wohlfahrtsstaaten und die Kehrtwende in Bezug auf die Richtung der Umverteilung. Der Harvard-Philosoph Michael Sandel betont nicht nur die wachsende Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern des neoliberalen Projekts, sondern auch, dass diejenigen, die es an die Spitze der Gesellschaft geschafft haben, glauben, dass ihr Erfolg nur mit ihnen selbst zu tun hat und ihr ganz eigenes Verdienst ist und dass sie daher voll und ganz verdienen, was der Markt ihnen belohnt hat. Die Folge davon ist, dass diejenigen, die beim Aufstieg gescheitert sind, selbst schuld sind und keine Hilfe verdienen. Die Solidarität in der Gesellschaft wird zerstört (Sandel 2021, 2022).

Thomas Biebricher hat in einer eingehenden Analyse die internationale Krise des Konservatismus untersucht, die mit der Etablierung einer nationalistischen Ultrarechten in Europa einherging (Biebricher 2023). Die Vorstellung von einem politischen Mittelfeld änderte sich. Das Mittelfeld der neoliberalen Alternativlosigkeit und Stimmenmaximierung, in dem sich alle größeren Parteien von den Sozialdemokraten bis zur gemäßigten Rechten versammelt hatten, veränderte seine Konturen. Die gemäßigte Rechte sah es als ihre Aufgabe an, die Grenze zur extremen Rechten und zum Nationalismus zu wahren, indem sie sich als neue Mitte rechts definierte, wurde jedoch zunehmend in die Problemformulierungen und die Sprache der extremen Rechten hineingezogen. Biebricher zeigt, wie sich die Probleme dabei zunehmend auf den Kulturkampf statt auf Sozial- und Wirtschaftspolitik konzentrierten. Der Kulturkampf kostet nichts, im Gegensatz zur sozialen und wirtschaftlichen Substanzpolitik, was ihn für politische Konflikte attraktiv macht. Darüber hinaus hat er die Besonderheit, absolut zu sein, was Kompromisse viel schwieriger macht als in der sozialen und wirtschaftlichen Sachpolitik, wo

Kompromisse dadurch erzielt werden, dass alle Parteien von ihren Maximalforderungen zurücktreten und alle sowohl gewinnen als auch verlieren. Die Kulturpolitik polarisiert daher stärker. Insgesamt scheint die Gravitation die Problemformulierungen, die Sprache und die Beschreibung der Realität in Richtung der extremen Rechten zu verschieben, während die Parteien im sogenannten Mittelfeld links von der gemäßigten Rechten hilflos erscheinen. Die liberal-konservative gemäßigte Rechte sind hin- und hergerissen zwischen der Woke-Politik der Linken und dem radikalen Veränderungswillen der extremen Rechten in Form des Kulturkampfs, in dem sich der Begriff „Cancel Culture“ von einer Anschuldigung gegen die Linke zu einer Anschuldigung gegen die Rechte wandelt. Die Linke verliert im Kulturkampf an Boden, und die Frage ist, was die in der Krise befindliche gemäßigte Rechte tun wird. Es gibt deutliche Anzeichen für eine Öffnung nach rechts auf der Suche nach einer stabilen Mehrheit.

Die Politik konzentriert sich in dem neuen Szenario auf die Einwanderungspolitik, die leicht mit dem Kulturkampf in Verbindung gebracht werden kann. Die Einwanderungsfrage steht stellvertretend für eine Reihe anderer politischer Probleme. Sowohl der Kulturkampf als auch die Einwanderungspolitik erhalten eine Rechts-Links-Dimension, wobei die linke Kultur unter dem Begriff „woke“ zusammengefasst wird. Auch wenn die gemäßigte Rechte behauptet, eine Firewall gegen die populistische und extreme Rechte zu wollen, wird sie in einen gemeinsamen Kulturkampf der Rechten gegen „woke“ und für eine Radikalisierung der Einwanderungspolitik hineingezogen. Die Initiative in diesem Kulturkampf liegt auf der rechten Seite mit einem Profil, das in den 1930er Jahren als „völkisch“ bezeichnet wurde, mit Deutschland als Kampfarena. Die sozialdemokratische Linke verliert ihre frühere Initiative in einem Kampf, der zu einem Verzögerungskampf geworden ist, um so viel wie möglich zu bewahren, mit anderen Worten, einem konservativen Kampf von links.

Der Rechtspopulismus stellt die parlamentarische Demokratie in Frage. Der illiberale Paternalismus mit Autoritätsglauben von unten betont Demokratie unter einem starken Willen, der gerecht verteilt und Streit und Spaltung beendet. Eine ideelle Nähe zu völkischen Gedanken in der deutschen Geschichte scheint klar zu sein, was jedoch nicht bedeutet, dass alle Anhänger Nazis oder Faschisten sind (Amlinger & Nachwey 2023 und 2025). Sie sind vielmehr von großer Frustration über die Abgabe von Verantwortung durch die parlamentarische Demokratie an einen Fetisch namens Markt getrieben und hören auf diejenigen, die Besserung durch eine Nation versprechen, die sich von Einwanderern abgrenzt. Und glauben an sie.

Diese Entwicklung hat Europa mit den USA gemeinsam, unabhängig von Trump. In den USA hat sie eher zu Trump geführt als umgekehrt Trump zu ihr. Die Demokratie erodiert von innen heraus unter einer zunehmend unausgewogenen Sprache, die eher von Emotionen als von Rationalität und Vernunft getrieben ist, Eigenschaften und Werten, die einst Eckpfeiler der Aufklärung waren, aber nun an Ansehen und Glaubwürdigkeit verloren haben. Die digitale Revolution mit den sozialen Medien hat

die mimetische Nivellierung der Einstellungen noch verstärkt. Die Nachahmung ist intensiver geworden. Die Demokratie kann nicht liefern, heißt es, und diese Idee verbreitet sich schnell.

Im Jahr 2015 lieferte Syrien mit dem von Russland unterstützten Krieg des Regimes gegen die Bevölkerung den Katalysator für diese Entwicklung in Europa: die Flüchtlingsströme nach Europa. Die Flüchtlinge sind zur Antwort auf die Verdrängung des politischen Verteilungskonflikts aus der parlamentarischen Debatte geworden, zum Sündenbock und Stellvertreterproblem für alle anderen schwierigen gesellschaftlichen Probleme. Es fehlt eine Sprache, die uns aus der aktuellen Situation herausführt. Ohne eine überzeugende Gegenerzählung zur heutigen emotionsgeladenen Rhetorik, die sich auf die Flüchtlings- und Migrationsfrage als das größte Problem konzentriert, besteht die erhebliche Gefahr, dass die Sündenbock-Hetzerei das Ende der Demokratie bedeutet und starke Führer hervorbringt, die behaupten, den Volkswillen zu vertreten, und geordnete Verhältnisse versprechen.

Die soziale Krise war es, die vor hundert Jahren in der Zwischenkriegszeit Nationalismus, Faschismus, Nazismus und die Sündenbockrolle der Juden auslöste. Seitdem sind drei Generationen vergangen, und nur wenige erinnern sich noch daran. Die neuen Grenzen zwischen Freund und Feind seit den 2010er Jahren sind getrieben von der Frustration über den Verlust des Vertrauens in den Markt und der Erkenntnis, dass Geld für die Politik zwar vorhanden war, aber nur, um Banken zu retten. Ein paar Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer, dem Höhepunkt der neoliberalen Erzählung, begannen die Staaten wieder, Mauern an oder nahe ihren Grenzen zu errichten, nicht nur in Europa, wie Wendy Brown in *Walled States, Waning Sovereignty* (2010) gezeigt hat. In diesem Zusammenhang ist der Mythos, vor dem Adorno und Horkheimer warnen, wieder da. Es sind nicht mehr die Juden, die stellvertretend für alle Probleme und alles Böse stehen, sondern die Einwanderer als Abstraktion mit konkretem Inhalt. Es muss betont werden, dass der Einwanderermythos noch nicht die Intensität des Judenhasses erreicht hat und nicht so massiv in die Gesellschaft eingedrungen ist. Aber der politische Kulturkampf spielt mit dem Feuer. Das Problem verlagert sich immer schneller von der Einwanderung als solcher auf die Einwanderer selbst. Sie tragen nicht nur die Verantwortung für ihre eigene Situation, sondern auch für alle möglichen anderen gesellschaftlichen Probleme. Die einzelnen Einwanderer werden zu einer kollektiven Abstraktion in Zahlen und Quoten. Abweisung und Rückführung, Remigration, sind die Schlagworte des Tages, je weiter rechts, desto hasserfüllter das Vokabular, aber die Sprache und die Problemformulierung verschieben sich insgesamt. Die „globalen Eliten“, die „Kosmopoliten“ werden als abstrakt schuldig für den neoliberalen Zusammenbruch angesehen, ähnlich wie der „Kapitalismus“. Die Begriffe dienen als Feindbild, aber als Opferlamm oder Sündenbock eignen sich die Reichsten der Welt nicht. Die Einwanderer hingegen eignen sich dafür hervorragend.

Die Warnung, die von 1929 bis zu den Entscheidungsträgern im Jahr 2008 hallte, löste politische Maßnahmen aus, um eine Entwicklung wie damals zu verhindern. Nach den Bankenrettungen fanden die Staatschefs jedoch kein Geld mehr und verloren den Überblick über die Entwicklung, da sie die soziale und wirtschaftliche Substanzpolitik vernachlässigten, die eine Wiederholung des Szenarios der 1930er Jahre verhindern sollte. Ihre Lehren aus der Krise der 1930er Jahre waren zu selektiv. Stattdessen kam es zu einem Kulturkampf, der die zentrifugalen Kräfte verstärkt, und die Probleme der 1930er Jahre sind in vielerlei Hinsicht wieder da. Das heißt nicht, dass sich die Geschichte wiederholt, aber auch nicht, dass die Zukunft besonders rosig ist, wenn nichts unternommen wird, um den nationalistischen Trend zu verhindern. Worte reichen nicht aus.

## Kulturkampf gegen Verteilungspolitik: Deutsch-schwedische Beispiele und europäische Perspektiven

Das höchste Gericht Deutschlands ist das Bundesverfassungsgericht mit Sitz in Karlsruhe. Es ist einer von mehreren Ankern in einer Machtgleichgewichtsstruktur, in der sich legislative, exekutive und judikative Institutionen gegenseitig ausgleichen, um eine Wiederholung der Weimarer Republik zu verhindern. Bislang hat das System gut funktioniert, und niemand hat eine bedrohliche Amerikanisierung beobachtet. In Karlsruhe stand das juristische Argument über den politischen/ideologischen Orientierungen, die die Richter mitbringen, eher als vertreten. Die Unterschiede in dieser Hinsicht wurden als Stärke angesehen, die das Recht in der Gesellschaft durch eine Abbildung ihrer Vielfalt verankert hat. Bis 2015 wurde die Hälfte der 16 Richter in einem Wahlausschuss des Bundestages ernannt (die andere Hälfte wird von den Bundesländern ernannt). Seit 2015 beginnt der Ernennungsprozess weiterhin im Ausschuss, ohne dass sich Verfahren und Praxis geändert haben, aber die Entscheidung wird im Plenum des Bundestages in geheimer Wahl mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen getroffen. Ziel der Änderung war es, eine stärkere demokratische Verankerung zu schaffen, was als unbeabsichtigte und wohl auch nicht erwartete Folge zu einer verstärkten Politisierung der Frage führte.

Als der Bundestag im Sommer 2025 drei neue Richter wählen sollte, sah alles so aus, als würde alles wie gewohnt ablaufen, bis wenige Tage vor der Abstimmung. Dann brach in den sozialen Medien ein Shitstorm aus, und die Vertreter der liberalkonservativen CDU/CSU wurden mit einer Flut von Nachrichten überschüttet, die darauf abzielten, eine der drei Kandidatinnen auf der Vorschlagsliste mit Behauptungen wie „Sie sei grundsätzlich für Abtreibungen bis zur Geburt“ und „Sie habe in ihrer Dissertation plagiiert“ in Verruf zu bringen. Sie war eine von zwei Kandidatinnen, die die Sozialdemokraten SPD in einer nach gängiger Praxis entwickelten Reihenfolge vorgeschlagen hatten. Ein großer Teil der



CDU-Abgeordneten ließ sich von der Hetzkampagne beeindrucken, hinter der das rechtsradikale digitale Nachrichtenportal Nius stand, aber es war nicht schwer, auch die Bemühungen der rechtsextremen AfD zu erkennen. Die Parteiführung musste die Notbremse ziehen und die Abstimmung stoppen. In Deutschland ist Abtreibung grundsätzlich verboten, aber nach Beratung bis zur 14. Schwangerschaftswoche straffrei. Das Einzige, was die diffamierte Kandidatin zum Thema Abtreibung gesagt hatte, war, dass sie sich vorstellen könne, die Regelung, die zwar strafbar, aber straffrei war, zu legalisieren. Die Plagiatsvorwürfe waren unbegründet. Die SPD sah keinen Grund, ihre Kandidatin zurückzuziehen, und die CDU hatte Schwierigkeiten, sich von den Positionen zu lösen, in die sie die Hetzkampagne gebracht hatte.

Nun könnte man meinen, dass ein Jurist, der etwas entkriminalisieren will, das ohnehin straffrei ist, einen Punkt hat, aber im Nahkampf des Kulturkampfs ist dies ein unverzeihlicher Überschritt etablierter Demarkationslinien. Die Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern wuchs, weniger zwischen den Führungen als innerhalb der Fraktionen. Wenn ein Handschlag nichts gilt, warum sollten wir dann... In der nächsten kontroversen Frage kommt die Quittung... Der überraschte Kanzler Merz murmelte unvorsichtig etwas von einer Gewissensentscheidung, einer Methode, die, wenn sie allgemein angewendet würde, zu parlamentarischem Chaos führen würde und an die Zeit der politischen Urparteien erinnert. Der Einfluss der Führungen auf ihre Fraktionen schwindet, und die Schwierigkeiten, Kompromisse zu finden, nehmen in der Atmosphäre des Misstrauens zu. Aber hat all die Aufregung wirklich eine Bedeutung? Ein Streit um eine Richterernennung kann doch nicht zu einer Regierungskrise führen?

Die Regierungsparteien schafften es nicht, aus der Pattsituation herauszukommen, in der sie sich befanden. Die Kandidatin selbst half ihnen, indem sie auf die Nominierung verzichtete. Als selbsternanntes Opferlamm ermöglichte sie eine Lösung und stieß auf Sympathie, schuf aber keinen Frieden. Eine Mischung aus Scham und unterdrückter Wut breitete sich vom Parlament auf die Mediendebatte aus. Alles hatte damit begonnen, dass die emotionalen Stürme des Kulturkampfs sich vom Schmutzkampagnen in den sozialen Medien in die andere Richtung, zum Herzen der Demokratie, dem Parlament, gewendet hatten. Niemand steht außerhalb der Emotionen des Kulturkampfs, die ständig neu entfacht werden. Die Frage war viel größer, als man zunächst vermutet hatte. Es ging um verlorenes Vertrauen.

Die letzte Koalitionsregierung in Weimar, die eine demokratisch gewählte Mehrheit repräsentierte, scheiterte an der Uneinigkeit über eine Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte über den Staatshaushalt. Die Unfähigkeit, diese Uneinigkeit zu bewältigen, öffnete Hitler die Tür. Es handelte sich um eine materielle Frage, bei der ein Kompromiss leichter zu finden war als bei kulturellen Fragen, die eher als existenziell angesehen werden. Aber man muss dazu sagen, dass die materielle Fragen in Weimar zu der Zeit tief in einen existentiellen Kulturkampf hineingezogen waren. Ohne die historischen Vergleiche überzubewerten, lässt sich feststellen, dass in Deutschland heute jede

Regierungskrise im verbleibenden politischen Mittelfeld die AfD einen Schritt näher an die Regierungsmacht bringt. Es gehört dazu, dass die AfD als verfassungsfeindlich und damit als rechtsextremistisch mit Anklängen an nationalsozialistisches Gedankengut eingestuft wird und in den Meinungsumfragen gleichauf mit der CDU liegt, in Ostdeutschland sogar deutlich davor. Noch recht unausgesprochene Stimmungen innerhalb der CDU/CSU sehen eine Koalition in diese Richtung als das am wenigsten schlechte Alternative in einer schwierigen parlamentarischen Zeit. Wenn es in der Politik um Kulturkampf geht, finden sie ihre Identität eher dort als unter den „Woke“-Anhängern der Linken. Die Unfähigkeit, die kleinen Fragen zu lösen, hat Konsequenzen, die weit über ihren eigentlichen Wert hinausgehen. Die Politik verliert unter dem Druck der hitzigen Meinungen der Massen in gegensätzliche Richtungen den Überblick über die Situation. Kleine Fragen werden zu Symbolfragen und Katalysatoren für starke Spannungen und bergen ständig die Gefahr, parlamentarische Krisen auszulösen. Das zeigen sowohl die Richterwahl 2025 als auch die Arbeitslosenunterstützung 1933.

Es ist interessant, die parlamentarische Situation in Weimar 1933 mit der in Schweden zur gleichen Zeit zu vergleichen, als auch dort hohe Arbeitslosigkeit herrschte. Lars Trägårdh (1993) tat genau das in einer brillanten Doktorarbeit in Berkeley, die er um 1990 in einer anderen Zeit großer Umbrüche schrieb, die jedoch im Gegensatz zu unserer von starkem Optimismus und Zukunftsvertrauen geprägt war, einer Zeit, in der man glaubte, dass die Krise der 1930er Jahre und der darauffolgende Weltkrieg Geschichte waren, ohne andere Relevanz als eben Geschichte zu sein. Er beschreibt, wie zur gleichen Zeit, als die letzte deutsche Regierung vor der Ära der Präsidialregierungen an der Frage der Arbeitslosigkeit in Schweden scheiterte, eine Koalitionsregierung durch Kuhhandel über Arbeitslosenunterstützung und Milchpreise gebildet wurde, was den Auftakt zu über 40 Jahren sozialdemokratischer Regierungsmacht bildete. Zu den innovativen Aspekten der Dissertation gehörte nicht nur der Vergleich an sich, sondern auch, dass Trägårdh die Erklärung eher in der Begriffsgeschichte und die politische Sprache suchte, als – wie in der konventionellen Geschichtsschreibung jener Zeit – in sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, die in Deutschland als eher feudal und in Schweden als eher bäuerlich angesehen wurden, was die unterschiedlichen Entwicklungen erklären sollte. Welche Zukunftsvisionen löste die Krise der 1930er Jahre aus und mit welcher Sprache wurden sie formuliert? *Folk* wie in *folkhem* deutete auf eine pragmatische Lösung eines Verteilungskonflikts hin, einen Kompromiss zwischen Sachinteressen, bei dem die Ideologien, die die Interessen legitimierten, im Zuge des Kompromisses flexibel waren, aber ihre Orientierungskraft für langfristige Überlegungen behielten. Volk, wie in völkisch und Volksgemeinschaft unter einem Führer, drückt eine ganz andere Geschichte aus, die von der Besessenheit von Gemeinschaft und der Unterwerfung unter den Führer der Gemeinschaft handelt. Beide Entwicklungen waren Reaktionen auf dieselbe Krise der 1930er Jahre mit Massenarbeitslosigkeit, der Sachpolitik für eine pragmatische, aber mobilisierende Lösung eines großen Problems und dem Kulturkampf um

Gemeinschaft, der auf Ausgrenzung und einem Sündenbock beruhte, der in einer übersteigerten emotionalen Mobilisierung der Bevölkerung aus der Gemeinschaft ausgeschlossen wurde.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Lars Trägårdh 2024-2025 im Auftrag der von den Schwedendemokraten unterstützten Mitte-Rechts-Regierung eine große Untersuchung über einen schwedischen Kulturkanon leitete (SOU: 2025). Hinter dieser Initiative verbirgt sich eine nostalgische Sehnsucht nach dem Aufbau einer erfolgreichen Nation im Gegensatz zur heutigen Krise. In Trägårdhs Fall bezieht sich diese Sehnsucht möglicherweise auf das *folkhem*, das nach der Krise der 1970er Jahre verschwunden ist. Dabei wird jedoch übersehen, dass das *folkhem* nicht mit einem Kulturkanon aufgebaut wurde, sondern mit einer substanziellen Sozial- und Wirtschaftspolitik neuen Typs. Die Kultur und Identität des Volksheims folgten. Es war nicht umgekehrt.

In einer Zeit, in der überall in Europa und den USA ein starker Trend dazu besteht, durch Kulturkampf die liberale Demokratie in eine autokratische illiberale Demokratie zu verwandeln, bis vor kurzem noch ein Oxymoron, jetzt aber ein politisches Programm, wäre es für die Rettung der liberalen Demokratie wichtig, sich von der Kompromisslosigkeit des Kulturkampfs zu lösen, mit oder ohne Kanon, zugunsten einer wirtschaftlichen und sozialen Verteilungspolitik, einschließlich einer aktiven Integrationspolitik für Einwanderer, mit einem Blick, der über nationale Grenzen hinausgeht.

Wie das deutsche Richterbeispiel zeigt, versucht auch der schwedische Kulturkanon, den parlamentarischen Konflikt um Sach- und Verteilungspolitik in einen Kulturkampf zu übertragen, der keine großen finanziellen Ressourcen erfordert. Er löst jedoch nicht die zugrunde liegenden Probleme, die seit 2008 zu Zukunftsängsten, Frustration, Wut, Resignation und allgemeiner Orientierungslosigkeit in der westlichen Welt geführt haben. Der Kulturkampf verstärkt diese Gefühle, anstatt ihnen entgegenzuwirken. In Deutschland, in Schweden, in den USA, in Europa. Der Kulturkampf ist potenziell gefährlich. Der Kulturkampf findet früher oder später seinen Sündenbock. Die Konturen sind bereits deutlich sichtbar.

Wenn man sich die Debatte über den Kulturkampf in den heutigen USA und Europa anhört, ist es, als befände man sich noch in der Zeit des Soziologen Ferdinand Tönnies, als er 1887 sein Standardwerk „*Gemeinschaft und Gesellschaft*“ veröffentlichte. In der sich gerade etablierenden Industriegesellschaft sah er eine Entwicklung weg von der Gemeinschaft hin zur Gesellschaft. In der Gemeinschaft definierten sich die Menschen individuell in Bezug auf andere Menschen, beispielsweise mit Religion als Bindeglied. In der Gesellschaft schlossen sie sich auf der Grundlage von Interessen und dem Glauben an rationale Lösungen zusammen. Die Gesellschaft hatte eine stärkere Konfliktdimension und ihre Bezugspunkte wechselten immer schneller. Tönnies stellte die Entwicklung hin zur Gesellschaft

fest, war jedoch skeptisch und hatte böse Vorahnungen. Die Gemeinschaft bot nostalgische Therapie, aber Tönnies sah auch, dass ihre Zeit vorbei war.

60 Jahre nach Tönnies' These vereinigten sich die Kategorien in der Gesellschaft der westlichen Wohlstandsstaaten nach dem gescheiterten Versuch, eine Volksgemeinschaft zu schaffen. Schweden wurde mit dem *folkhem* zu einem Modell für die Verschmelzung von Gesellschaft und Gemeinschaft durch interessenengeleitete Sachpolitik. Die kulturelle Legitimierung folgte auf den sachpolitischen Interessenkonflikt und -kompromiss. Jetzt, weitere 60 Jahre nach der Verschmelzung von Tönnies' Gegensatzpaaren, geht es um einen Kulturkampf für eine neue Volksgemeinschaft. Unsere Zeit bleibt in Tönnies' Konzeptualisierung erhalten, aber die Entwicklung geht in die entgegengesetzte Richtung. Die Verschmelzung von Gemeinschaft und Gesellschaft in den keynesianischen Wohlfahrtsstaaten löste sich auf, wobei die Richtung jetzt geht von Gesellschaft nach Gemeinschaft. Der Kulturkampf lenkt die Gedanken von den Konflikten und Kompromissen der Sachpolitik ab, weg von der verhandelnden Zivilgesellschaft hin zu einer neuen Volksgemeinschaft, in der Ordnung herrscht. Aber als Demokratie?

Der Kulturkampf schafft Gegensätze. Die Sachpolitik geht ebenfalls von Gegensätzen aus, aber es ist da leichter, Kompromisse zu finden, indem man gibt und nimmt. Das Parlament wird zum Zentrum der Politik, wo Kompromisse ausgehandelt werden. Es ist diese Arbeit, die Max Weber als Bohren in dicken Brettern beschreibt. Es ist diese Arbeit, die nicht mehr funktioniert. Es scheint, als würden die Bretter umso dicker und härter werden, je länger man bohrt. Der Kulturkampf ist einfacher, aber gefährlicher, weil er fundamentaler ist und außerhalb des Parlaments ausgetragen wird, das jedoch in ihn hineingezogen wird. Er ist eine Art Eskapismus vor großer Verantwortung, birgt jedoch große Risiken, politische Systeme zu zerstören, insbesondere wenn der Eskapismus mit Sündenböcken operiert. Die Sachpolitik zu den großen Themen mit klaren Standpunkten, z. B. zur Finanzierung und (Um-)Verteilung von Ressourcen, verlangt den politischen Führern viel mehr ab als der Kulturkampf. Trotzdem und gerade deshalb ist das Argument klar: Die Politik muss sich wieder den großen Themen unserer Zeit zuwenden, und die bestehenden Gegensätze müssen offengelegt werden, um Kompromisse zu finden: die Klima- und Umweltfrage, die Einwanderungsfrage vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung und des Arbeitskräftemangels in Europa, als Sachfrage, nicht als Identitäts- und Kulturfrage, die Handelsfrage in einer protektionistischen Zeit, die Renten- und Pflegefrage, wenn die älteren Menschen länger leben, usw. Wenn man die Fragen als Verwaltung dessen betrachtet, was war und ist, ohne echte Alternativen und ohne echte Ressourcen zur Problemlösung, werden die Interessenkonflikte in Kulturkampf umgewandelt.

## Europa im Schatten von Trumps USA und nationalistischem Kulturkampf

Trump ist ein reiner Kulturkampf, natürlich mit starken amerikanischen Interessen im Hintergrund. Nach dem erniedrigenden Kriechen der europäischen Staats- und Regierungschefs vor Trump beim NATO-Gipfel in Den Haag im Juni 2025 (Stråth 2025 b) folgte die nächste Unterwürfigkeitsdemonstration einen Monat später, als der Präsident der Europäischen Kommission an einem Sonntag auf dem Golfplatz Trump Turnberry in Schottland erschien, um Trumps Entscheidung zur Einführung von 15 Prozent Zöllen auf europäische Waren entgegenzunehmen. Es war von vornherein klar, dass die EU zu keinerlei Gegenmaßnahmen fähig war, keine Gegenzölle, keine Digitalzölle. Ein großartiger Deal, erklärte Trump, der Eigentümer des Golfplatzes und Gastgeber dieser schmähenden Vorstellung. Die EU konnte Trump nicht wie in Den Haag mit einem echten König ermutigen, mit dem man reden, den man anfassen und den man bewundern konnte. Aber das machte nichts. Zu Hause war Trump selbst König. Auf dem Golfplatz gab es niemanden zu beschwichtigen, nur ein Dekret, dem man zuhören musste. Die Angst, dass Trump die NATO verlassen könnte, ist seit Den Haag weiterhin groß, und diese Angst prägte die ausbleibende Reaktion auf den Zolldeal, der nichts mit einem Abkommen zu tun hatte. Von der Leyen bezeichnete den Deal nicht als großartig, aber mit geradem Rücken, auf einem Stuhl sitzend, die Hände auf den Knien und einem eingefrorenen Lächeln beschrieb sie die Unterwerfung dennoch als Deal. Das Beste, was man aushandeln konnte, hieß es in Brüssel, wo man unter der offiziellen Oberfläche zutiefst frustriert und gelähmt war, eine gefährliche Kombination. Genauso groß wie die Angst, dass Trump die NATO verlassen könnte, ist die Angst vor der eigenen Hilflosigkeit.

Dass die höchste Vertreterin der EU als Vertreterin von 27 Ländern mit 450 Millionen Einwohnern gezwungen war, Trumps Unterwerfung an einem Sonntag auf seinem eigenen privaten Golfplatz in Großbritannien, dem Land, das die EU verlassen hat, zu akzeptieren, war ein Treffen ganz nach Trumps Geschmack. „Niemand kann mit diesem Ergebnis zufrieden sein, aber es war das Beste, was wir erreichen konnten“, erklärte der deutsche Kanzler Merz stellvertretend für die meisten Regierungen der EU. Dazu muss man sagen, dass die EU nichts erreicht hat. Sie wurde zugeteilt. Die EU akzeptierte stillschweigend, was ein offensichtlicher Verstoß gegen die Welthandelsregeln und alle konventionelle Diplomatie war. Allerdings teilten nicht alle Merz' Einschätzung. Es sei ein trauriger Tag gewesen, kommentierte der französische Regierungschef das Treffen in Schottland. Eine Föderation freier Staaten, die sich zusammengeschlossen haben, um ihre Werte und Interessen zu verteidigen, habe sich zur Unterwerfung entschlossen, schrieb er auf X. *Sousmission*, Unterwerfung, ist der Titel eines Romans von Michel Houellebecq, in dem es darum geht, wie die gesamte politische Klasse durch kollektives Versagen einem islamischen Politiker den Weg zur Präsidentschaft ebnet. In Frankreich

verstand man die Analogie und dass sie auch auf die USA zutreffen könnte. Aber so weit wagt man in Europa insgesamt nicht zu denken.

Einen Monat nach dem Treffen im Golfclub empfing Donald Trump Wladimir Putin in Alaska mit Ehrungen und rotem Teppich. Trump stellte in Aussicht, dass bald Frieden in der Ukraine einkehren würde. In den folgenden Tagen flogen ausgewählte europäische Staats- und Regierungschefs nach Washington, um im Weißen Haus näher über den Friedensplan informiert zu werden. Sie glaubten an den Plan und wollten den Besuch, die Tatsache, dass sie überhaupt empfangen und informiert worden waren, als Zeichen der Stärke Europas verkaufen, als Zeichen dafür, dass Trump sie ernst nahm. Niemand stellte in Frage, dass sie in Alaska nicht an der Diskussion über eine für Europa schicksalhafte Frage teilnehmen durften. Kurz nach ihrer Rückkehr nach Europa stellte sich heraus, dass der Plan nur heiße Luft war, was nicht heißt, dass Trump nicht daran geglaubt hätte. Aber Putin war in Trumps Gesellschaft wie ein Aal, und Trump wollte das nicht einsehen. Der Besuch im Weißen Haus war kein Zeichen von Stärke, sondern ein hoffnungsloser Versuch, sich an einen Mann zu klammern, der in jeder Hinsicht gezeigt hat, dass er kein verlässlicher Partner ist. Es ist eine Illusion zu glauben, dass Trump eine Strategie hat, es sei denn, diese besteht darin, Verwirrung zu stiften und Unruhe zu schüren. Er hat Ziele wie die Größe Amerikas und imperiale Macht rund um den Nordpol und im Pazifik sowie einen Friedensnobelpreis. Aber der Weg dorthin ist ebenso wirr und impulsiv wie seine Zollpolitik.

Der Extremismus-Experte Peter Neumann und der Fernsehjournalist Richard Schneider betiteln ihr neu erschienenes Buch *Das Sterben der Demokratie* (Neumann & Schneider 2025). Sie untersuchen den Rechtspopulismus in Europa und den USA und stellen einen Trend von der liberalen zur illiberalen Demokratie und Autokratie fest. Sie sprechen von einem rechtspopulistischen Plan zur Umgestaltung Europas und der USA. Den Ursprung sehen sie im Zusammenbruch der Finanzmärkte 2008, der zur Rettung der Banken führte, aber langfristig zu stagnierenden und erodierenden Infrastrukturen in der Kommunikation und anderen gesellschaftlichen Dienstleistungen, was wiederum zu einem Gefühl des Kontrollverlusts, zu Verteilungskonflikten und allgemeiner Unzufriedenheit führte. Dabei ist die Migrationsfrage zu einem Katalysator geworden, der die Antworten in Richtung Identitätsfragen kanalisiert hat. Die Autoren empfehlen den Kräften, die die liberale Demokratie bewahren wollen, die Migrationsfrage unter Kontrolle zu bringen, indem sie sie von der Identitätspolitik weg und hin zur Sachpolitik, zur Wirtschaftspolitik in Bezug auf Ressourcen und zur Sozialpolitik in Bezug auf die Verteilung von Ressourcen, zur Sachpolitik in Bezug auf die physische Infrastruktur entemotionalisieren, was bei den Bevölkerungsgruppen, die Sachlösungen statt Kulturkampf wollen, auf große Resonanz stoßen würde. Sie schlagen klare Grenzen gegenüber den Rechtspopulisten und eine Offensive in Bezug auf politische Bildung und Bürgerbildung vor, bei der deutlicher gezeigt wird, was auf dem Spiel steht,

anstatt Scheinpolitik in einer Grauzone zwischen liberaler und illiberaler Demokratie zu betreiben.

Die Tendenz im Europäischen Parlament und anderswo in Europa geht dahin, dass die gemäßigte Rechte das Mittelfeld der Alternativlosigkeit verlässt und versucht, ein neues zu schaffen, indem sie sich selbst als Mitte im Verhältnis zur extremen Rechten definiert und die anderen im Mittelfeld als links neu definiert. Die Folge ist ein Kulturkampf zwischen dem Woke der Linken und dem Nationalismus der Rechten. Die gemäßigte Rechte sucht einen profilierenden Kampf durch Kulturpolitik gegen Woke, während sie gleichzeitig behauptet, eine sogenannte Firewall gegen die extreme Rechte zu verteidigen. In diesem Kulturkampf wird die gemäßigte Rechte in die Sprache der extremen Rechten hineingezogen, beispielsweise in der Flüchtlingsfrage. Die extreme Rechte hat die Initiative, die gemäßigte Rechte wird mitgerissen. Die Sachpolitik wirft Fragen zur Finanzierung auf, die wiederum Fragen zur Umverteilung von Ressourcen aufwerfen. Der Kulturkampf ist eine Flucht vor diesen Fragen, eine Flucht nach vorne, die nichts kostet und am Ende alles kostet.

Auf dem, was vom alternativlosen Mittelfeld des Neoliberalismus übrig geblieben ist, vegetieren die sozialdemokratischen und grünen Parteien mit schwindender Wählerschaft vor sich hin, da es an Konfrontationen in Fragen der Verteilung und der Umwelt mangelt. Der Politikwissenschaftler Philip Manow beschreibt diese Entwicklung als eine Entdemokratisierung der Demokratie (Manow 2020). Wenn es eine Richtung im Verhalten der Mitte-Links-Parteien gibt, dann ist es eher, dass sie sich dem Kulturkampf der Mitte und der extremen Rechten annähern, wobei die Linke einen Spagat zwischen der Verteidigung des „Woke“ und dem Kulturkampf gegen die extreme Rechte macht, der zunehmend in der Sprache der extremen Rechten geführt wird. Die Demokratie zerfrisst sich von innen heraus.

Die klare Sprache von Neumann und Schneider regt dazu an, in ihren Spuren weiterzudenken. Der amerikanisch-europäischen Front für illiberale Demokratie könnte eine stärkere Europäisierung des wirtschafts- und sozialpolitischen Kampfes für eine liberale Demokratie entgegengesetzt werden: eine Europäisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik für ein soziales Markteuropa, mit Delors' Arbeit für ein soziales Europa und Draghis Bericht als Bezugspunkte (Stråth 2025 b). Eine europäisch koordinierte Offensive mit einem Programm für Verteilungs- und Umweltfragen und anderen Themen wie Einwanderung und Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Bildung und Forschung, z. B. ein europäisches Eisenbahnsystem, das diesen Namen verdient, und eine europäische digitale Souveränität unter Abgrenzung gegenüber den USA. Ein konkretes Beispiel in dieser Richtung ist das 800-Milliarden-Euro-Paket „ReArm Europe“ der Europäischen Kommission, ein Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheit der EU, bei dem die Sicherheitspolitik über die militärische Dimension hinausgeht (Europäische Kommission 2025). Es muss jedoch klar gesagt werden, dass Geld allein nicht ausreicht. Sie müssen der Ausgangspunkt für einen politischen Plan und eine Steuerung sein, wie sie Mariana Mazzucato in *Mission Economy* (Mazzucato 2021; vgl. Stråth 2025 b) entwickelt.

Eine europäische Offensive, die sachpolitische Interessenkonflikte, Kompromisse und Lösungen entwickelt, anstatt sich in den Kulturkampf der Rechten hineinziehen zu lassen.

Die Aufgabe besteht darin, die Demokratie in Europa zu retten, indem man sich aus dem eisernen Griff befreit, den Trumps USA der EU auferlegt haben scheint, der aber, wenn man den Mut hat, die Realität zu sehen, in Wirklichkeit Europas panisches Festhalten an einem USA ist, das es nicht mehr gibt. Die EU muss loslassen und sich selbst erneuern. Die EU ist eine Schicksalsgemeinschaft auf dem Weg in den Untergang, mit oder ohne die USA in der NATO, wenn es so weitergeht. Mit ihrer Unterwerfung in der Handelspolitik hat sich die Union erpressbar gemacht, indem sie sich nicht gewehrt hat. Die EU hatte Trumps Willkür und maßlosen Forderungen nichts entgegenzusetzen. Das Signal an Trump, dass die EU nicht willens ist, für ihre eigenen Interessen einzustehen, ja nicht einmal willens ist, diese zu definieren, ist fatal. Es hätte einer aktiven EU-Führung bedurft, um diese Interessen in einer Haltung gegenüber den massiven Angriffen der USA auf die Welthandelsregeln zu koordinieren und Europa auf eine Situation ohne amerikanische Unterstützung in der Sicherheitspolitik vorzubereiten. Die Führung der EU hängt natürlich von der Bereitschaft der EU-Spitzenpolitiker ab, Macht abzugeben. Jürgen Habermas kritisierte, wie hemmend Olaf Scholz als Kanzler in dieser Hinsicht war (Habermas 2025; vgl. [Stråth 2025 a](#)). Friedrich Merz und andere europäische Staats- und Regierungschefs setzen diesen Kurs mit ihrem übertriebenen Bestreben, Trump nicht zu verärgern, fort. Der amerikanische Präsident hat ein Akronym erhalten, weil er immer kneift, taco. Auch die europäischen Staats- und Regierungschefs kneifen in ihren kurzsichtigen nationalen Überlegungen, ohne das größere europäische Bild sehen zu wollen. Die Reaktionen auf das Zolldiktat haben Trump Mut gemacht und ihn in seiner Selbstwahrnehmung als Dealmaker bestätigt. Trumps eigentliches handelspolitisches Ziel dürfte darin bestehen, die schwachen Vorschriften der EU für digitale Konzerne zu beseitigen.

Es reicht jedoch nicht aus, Forderungen an die politischen Führer Europas zu stellen. Damit diese auf die Forderungen reagieren und eine neue EU gestalten können, muss der Kulturkampf, der in den Mitgliedstaaten stattfindet, in wirtschaftliche und soziale Politik im Sinne von Neumann und Schneider übertragen werden. Die Voraussetzungen für eine neue EU müssen in der politischen Basis der Mitgliedstaaten begründet sein, wo der Kulturkampf verschwinden muss. Es geht um ein neues politisches Selbstverständnis, eine neue Identität. Mit dem Kulturkampf als politischem Inhalt in den Mitgliedstaaten sind den EU-Führern die Hände gebunden. Der Kulturkampf wird die EU auseinander treiben und könnte zur Grundlage für eine internationale Ultra-Rechte werden, die sich möglicherweise sowohl mit Trumps USA als auch mit Putins Russland verbünden könnte.

Dabei muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Identitäten der Industriegesellschaft mit und gegen den Klassenbegriff, die nach über hundert Jahren Revolutionen und Weltkriegen in einem kleinen Teil der Welt zu den



keynesianischen Wohlfahrtsstaaten geführt haben, verschwunden sind und nicht wiederhergestellt werden können. Soziale Ungerechtigkeiten und die ungleiche Verteilung von Ressourcen bestehen hingegen in alten und neuen Formen weiter, die eher global als national gedacht werden müssen. Die neoliberalen Versuche, eine neue Identität rund um die globale Markt- und Finanzgesellschaft aufzubauen, mündeten in einem globalen Prekariat in neuen Arten von Just-in-Time-Produktionsketten und in einer gigantischen Spekulationsblase, die platzte und die neoliberalen Eliten, die „Kosmopoliten“, von Identifikationsfiguren zu Hassobjekten machte.

Der Mensch kann ohne Identität nicht leben. Wenn man sie hat, als Individuum und als Gesellschaft, muss man nicht darüber sprechen. Vor den 1970er Jahren war Identität ein Begriff in der Mathematik und in der seit den 1920er Jahren neuen Wissenschaft der Psychoanalyse. Aber der Begriff existierte nicht in der politischen Debatte. Erst wenn man keine Identität hat, beginnt man, darüber zu sprechen. Derzeit zielen die Versuche, Identität zu schaffen, hauptsächlich auf die Nation ab, angetrieben von Ideen über nationale Größe in der Vergangenheit. Das macht die Welt gefährlich. Ein Muster aus vor hundert Jahren ist wiedererkennbar. Um aus dieser Situation herauszukommen, müssen die EU-Mitgliedstaaten den Kulturkampf beenden und wieder, wie vor der neoliberalen Parenthese, eine wirtschaftliche und soziale Sachpolitik betreiben. Sie müssen sich um Europa versammeln, ein neues Europa, das Europa der guten Europäer, von dem Nietzsche schrieb. Die Identität wird folgen und als Problem verschwinden.

Mit Trump verliert nicht nur die USA, sondern auch Europa an moralischer Macht. Der globale Süden wendet sich China zu, einer vereinigenden Kraft, die Zukunftserwartungen weckt. *Chuan Jianguo* bezeichnet die Chinesen in letzter Zeit als die USA, das Land, das China groß macht. Die USA sind moralisch implodiert, aber auch Europa verliert langsam an Luft. Die EU wird China ebenfalls groß machen, wenn sie sich nicht schnell von den USA distanziert, anstatt sich ihnen unterzuordnen.

Die Flüchtlingsfrage, die das Potenzial hat, zum Sündenbock der Zeit zu werden, hat europäische Lösungen und Vereinbarungen wie beispielsweise das gemeinsame Asylsystem GEAS und die Grenzschutzagentur Frontex, aber es gibt keine europäische Solidarität oder starke Unterstützung dafür. GEAS und Frontex verstärken eher die Sündenbock-Idee. Europäische Lösungen würden eine europäische Solidarität in Bezug auf Flüchtlinge und Asylsuchende voraussetzen, aber diese gibt es nicht. Unwürdige Zustände in Flüchtlingslagern und harte, um nicht zu sagen lebensbedrohliche Pushbacks an den Grenzen, fehlende Integrationsmaßnahmen – all dies wird damit begründet, dass „sonst noch mehr Flüchtlinge kommen“. Dieses Argument klingt hohl in einer Zeit, in der Europa gleichzeitig den Mangel an Arbeitskräften beklagt, und es untergräbt die Werte Europas.

# Was nun, Europa?

## *Ein anderes Eurafrika*

Europa ist der Kontinent mit der ältesten Bevölkerung der Welt (Eurostat 2025). Immer weniger Menschen auf dem Arbeitsmarkt stehen immer mehr Rentnern gegenüber. Der Anteil der über 80-Jährigen wird laut Eurostat von 6,0 % im Jahr 2021 auf 14,6 % im Jahr 2100 steigen. Der Anteil der über 65-Jährigen wird im gleichen Zeitraum auf 31,3 % steigen. Der Grund dafür ist die gestiegene Lebenserwartung und die gesunkene Geburtenrate. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft, während der Anteil der Rentner steigt. Unter Berücksichtigung der Bewegung zwischen verschiedenen Altersgruppen berechnet Eurostat ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Rentnern und Menschen im erwerbsfähigen Alter. Für die EU liegt diese Zahl für 2024 bei 33,9 % und wird für 2100 auf 59,7 % geschätzt. Rechnet man zusätzlich den Anteil der unter 15-Jährigen hinzu, die von der erwerbstätigen Bevölkerung versorgt werden müssen, beträgt die Quote 56,8 % im Jahr 2024 und wird bis 2100 voraussichtlich auf 83,9 % steigen. Diese Entwicklung deutet auf dramatisch veränderte Bedingungen nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für die Rentensysteme und andere Sozialversicherungen hin.

Im starken Gegensatz zum alternden Europa, wo ein immer kleinerer Anteil der Bevölkerung einen immer größeren versorgen muss, ist Afrika der jüngste Kontinent der Welt. Mehr als 60 % der Bevölkerung des Kontinents sind unter 25 Jahre alt. Die Bevölkerung Afrikas wird voraussichtlich von heute 1,4 Milliarden auf 2,5 Milliarden im Jahr 2050 anwachsen. Jedes Jahr kommen 10 bis 12 Millionen junge Menschen auf den Arbeitsmarkt (UN 2024). Die Arbeitslosigkeit ist hoch, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, und die Bildung ist unzureichend. Die große Frage für die Zukunft ist, ob die wachsende Zahl junger Menschen in Afrika eine tickende Zeitbombe oder eine Ressource für die Arbeitsmärkte in und außerhalb Afrikas ist. Unabhängig davon wird Europa davon betroffen sein, aber die Frage ist, ob Europa etwas tun kann, um die Entwicklung zu beeinflussen und sie in Richtung der zweiten Option zu lenken, um die Bombe zu entschärfen. Einzelne Regierungen führen Gespräche mit einzelnen Regierungen in Afrika, und es bestehen Kontakte zwischen der EU und ihrem Pendant, der AU, wobei die Afrikanische Union bei weitem nicht über die Kapazitäten der EU verfügt und der Grad der Supranationalität geringer ist. Es fehlen jedoch große EU-initiierte Projekte, um die Bedrohung politisch in eine Chance und die Chance durch kreative Politik in eine neue und andere Beziehung zwischen Europa und Afrika zu verwandeln. Große Projekte im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt, aber auch grüne Energie.

Stattdessen sind die Beziehungen von der Migrationsfrage geprägt, und das große Problem wird darin gesehen, Menschen aus Afrika (und Asien) von Europa

fernzuhalten. Eine nasse Decke aus Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber Einwanderern hat sich über Europa gelegt (Kohlenberger 2025). Die Einwanderer sind zu einem Schlagstock in der Kulturkampfpolitik geworden, und die Gefahr besteht, wie in diesem Text wiederholt betont wurde, dass der Schlagstock zum neuen Sündenbock wird, um komplexe gesellschaftliche Probleme auf einfache Weise zu lösen. Die USA sind in dieser Hinsicht Vorreiter. Die europäischen Kontakte zu afrikanischen Führern dienen zu einem großen Teil dazu, sie dazu zu bewegen, Lager zu errichten, in denen Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge abgewiesen werden können. Die Methode ist die Pizzi der Mafia.

Ganz klar kann die Einwanderung nicht frei sein. Sie muss kontrolliert werden, um Standards in Bezug auf Einkommen, Wohnraum, Bildung, kulturelles Angebot usw. zu gewährleisten, wie es der Fall war, als in den 1950er und 1960er Jahren Arbeitskräfte aus der Arbeitslosigkeit und der Landwirtschaft in Südeuropa für die Akkord- und Fließbandindustrie in Nordeuropa rekrutiert wurden. Dieses Modell verschwand mit dem fordistischen Produktionssystem in der Krise der 1970er Jahre. Die Einwanderung war rentabel für die Massenproduktion der Industrie, die zum Massenkonsum der Wohlfahrtsstaaten wurde. Die Rentabilität setzte jedoch Kosten für die Integration der Arbeitskräfte voraus. Es gibt natürlich keine Möglichkeit, zu dieser Zeit und ihren Bedingungen zurückzukehren. Die Einwanderung war damals im Wesentlichen eine innereuropäische Angelegenheit, und die Ausbildung für Industrierufe war relativ einfach. Aber als Modell dafür, wie die Einwanderungsfrage eher organisiert als spontan sein kann und Kosten für eine erfolgreiche Integration mit sich bringt, bleibt diese Zeit ein wichtiger Bezugspunkt, an den man anknüpfen kann. Die Kosten für eine erfolgreiche Integration sind eine Investition in die Zukunft.

Multikulturell war die neoliberale Erfindung, um Kosten zu vermeiden. Jeder sollte sein eigenes kulturelles Umfeld entwickeln, unter großer Toleranz gegenüber Unterschieden sowie unter großer Toleranz gegenüber wachsenden Unterschieden in den sozialen Standards und der Entstehung eines neuen Proletariats außerhalb der Vereinbarungen des Arbeitsmarktes. Die homogenen Arbeitsmärkte der Industriegesellschaft wurden segmentiert. Die ideologische Idee der Vielfalt mit der Vorstellung von sowohl kultureller Vermischung als auch kultureller Besonderheit, ähnlich wie das neoliberale globale Dorf, wurde in der Praxis zu segmentierten Parallelgesellschaften. Das kostenlose Multikulturprojekt endete in den Einwanderer-Ghettos Europas, Hand in Hand mit einem neuen Niedriglohnproletariat in Sektoren wie Pflege, Reinigung, Bauwesen und Landarbeit auf irregulären Arbeitsmärkten, die von einem komplizierten System von Subunternehmen in mehreren Ebenen mit schwer kontrollierbarer Verantwortung und viel Schwarzgeld betrieben wurde. Natürlich war Multikulti nicht kostenlos. Der multikulturelle Ansatz war voller Nachteile, die Kosten an ganz anderen Stellen als zuvor verursachten, nicht über den Staatshaushalt. Ghettoisierung, Bandenkriminalität, Schulprobleme, Proletarisierung auf schwer zu überblickenden Arbeitsmärkten. Es ist diese

Situation, die sich nun in Form eines Kulturkampfes gegen die Einwanderer selbst wendet.

Die Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre war geplant.

Personalvermittlungsagenturen in Nordeuropa warben unter den Landarbeitern und Kleinbauern Südeuropas mit dem Versprechen eines besseren materiellen Lebensstandards. Die heutige Einwanderung basiert viel weniger auf der Nachfrage als vielmehr auf Menschen auf der Flucht. Sie ist spontan, und die Organisation hat heute eher das Ziel, sie zu verhindern als zu ermöglichen. Die Arbeitsplätze sind nicht mehr in gleicher Weise für diejenigen verfügbar, die es schaffen, einzureisen. Kriege, Zwangsumsiedlungen aufgrund von Naturkatastrophen und langfristig veränderte Lebensbedingungen aufgrund des Klimawandels machen die gesamte Migration eher zu einer Push- als zu einer Pull-Migration. Es ist ein Schwarzmarkt für illegale Einwanderer entstanden. Das Spontane und Kriminelle ersetzt das Organisierte und vermittelt den Eindruck einer politisch unkontrollierten Situation.

Die Idee von Eurafrika war Teil der Verhandlungen über das europäische Integrationsprojekt, das 1957 mit dem Vertrag von Rom einen ersten Abschluss fand. Peo Hansen und Stefan Jonsson (2015) haben gezeigt, wie tief diese Idee in neokolonialen Ambitionen verwoben war, in einer Zeit, in der viele glaubten, es ginge um Entkolonialisierung. Die große Erzählung der 1950er Jahre handelte von Entwicklung durch Entwicklungshilfe für die Kolonien, die bald als freie Staaten gelten sollten. Geld wurde vom Norden in den Süden transferiert, aber die Entwicklung kam nicht richtig in Gang, zumindest nicht so, wie man es sich in den Entwicklungsländern erhofft hatte. Ghana war die erste afrikanische Kolonie südlich der Sahara, die 1957 unabhängig wurde. 1965 veröffentlichte ihr Präsident Nkrumah ein viel beachtetes Buch mit dem Titel *Neocolonialism* (Nkrumah 1965). In der Entwicklungsdebatte ging es darum, wie der Norden den Süden durch Hilfe entwickelte, aber in Wirklichkeit ging es darum, wie der Süden durch ungleiche Handelsbedingungen zur Entwicklung des Nordens beitrug, wenn Rohstoffe vom Süden in den Norden und Fertigwaren vom Norden in den Süden verkauft wurden. Walter Rodney wurde zu einem akademischen Sprecher des Südens mit ähnlichen Argumenten, als er einen Klassiker der postkolonialen Geschichtsschreibung veröffentlichte: *How Europe Underdeveloped Africa* (Rodney 1972). Der Kolonialismus war ein einarmiger Bandit, schrieb der Historiker aus Guyana, der acht Jahre später vom Unabhängigkeitsregime wegen seiner zu radikalen Ansichten über die Gestaltung der neuen Unabhängigkeit ermordet wurde. Die Entwicklungsökonomien, die die wirtschaftliche und politische Debatte im Norden geführt hatten, verloren zunehmend die Initiative an eine Schule, die sich unter dem Namen Dependenztheorie etablierte, mit Paul Baran, André Gunder Frank und Immanuel Wallerstein als drei der führenden Namen (Baran 1957; Baran & Sweezy 1966; Frank 1969; Wallerstein 1979. Vgl. Stråth 2023, Kap. 2).

Die Entwicklungsökonomien argumentierten im Rahmen der Modernisierungserzählung über staatlich organisierte Entwicklung. Die Historiker

beschrieben eine Entwicklung in Stufen bis zum industriellen Durchbruch und danach, und man ging davon aus, dass diese Stufen auch für die Entwicklungsländer in einem allgemeinen Entwicklungsmuster gelten würden. Die Dependenztheoretiker richteten ihre Kritik auf das kapitalistische System in einem Zentrum-Peripherie-Denken und behaupteten, dass die Modernisierung und die Stufenentwicklung nur für die reiche Welt galten, die durch die systematische Ausbeutung der armen Länder reich geworden war und diese auf diesem Niveau hielt.

Die lebhafte Debatte zum Thema Entwicklung oder Abhängigkeit kam mit dem Zusammenbruch des Dollars und der Krise der 1970er Jahre zum Erliegen. Die neoliberale Antwort auf die Krise der 1970er Jahre ging an der verstummten Debatte zwischen Entwicklungs- und Abhängigkeitsökonomien vorbei mit dem Argument, dass alle Partner auf einem Weltmarkt ohne Handelshemmnisse sein sollten. *Structural adjustment*, strukturelle Anpassung, war das Rezept, das die Weltbank und der IWF als Weg zur Entwicklung vorschrieben. Die Haushaltsdefizite sollten durch eine Sparpolitik und die Öffnung der Märkte mit Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen in der Dritten Welt beseitigt werden. Es war Handel zu den Bedingungen der Starken, der weitgehend die Rollen als Rohstoffproduzenten im Süden und Fertigwarenhersteller im Norden mit anhaltenden Ungleichgewichten in den Handelsbilanzen aufrechterhielt (Stråth 2023, Kap. 5). Eines der Schlüsselwörter der neuen Politik, „nachhaltige Entwicklung“, klang immer hohler. Ebenso wie Delors Bemühungen um eine neue Erzählung von einem sozialen Europa (Stråth 2025 b) verschwand auch die Hilfe aus der Debatte. Aber die Kluft zwischen Nord und Süd blieb bestehen.

Mit dieser Entwicklung muss sich Europa nun auseinandersetzen. Europa ist in eine Geschichte verstrickt, auf die es kritisch zurückblicken und aus der es Lehren ziehen muss. Es ist eine Geschichte, in der Europa Interessen in Afrika hatte, aber viel weniger für Afrika. Zu diesem Szenario gehört auch, dass Trumps USA weitgehend das Interesse an Afrika verloren haben, das jedoch in Bezug auf Rohstoffe wie seltene Mineralien weiterhin besteht – ein Interesse, das Trump mit imperialistischen Methoden im Stil des 19. Jahrhunderts, wie beispielsweise im Kongo, zu verwirklichen sucht. Chinas Interesse an Afrika ist viel größer und viel differenzierter. China ist seit etwa 2010 Afrikas größter Handelspartner und baut die Zölle gegenüber Afrika ab, während Trump sie einführt und die Hilfsbehörde USAID schließt. China ist in Afrika in Bezug auf Investitionen in Infrastruktur und Handel sichtbar präsent. Chinas Goodwill und Akzeptanz für Investitionen und Handel nehmen zu, aber gleichzeitig entsteht eine gewisse Skepsis gegenüber einer zu starken Abhängigkeit von China.

In diesem Rahmen – mit den USA als chaotischer, von Emotionen getriebener Autokratie und China als in gewisser Weise rationaler Autokratie, die Emotionen verdrängt und vertreibt – muss Europa Afrika mit einem klar formulierten Interesse für den Kontinent mindestens ebenso sehr wie in ihm selbst begegnen. Europa muss

sich mit einer amerikanischen Autokratie auseinandersetzen, die die Zukunft in einer widersprüchlichen Kombination aus der fordistischen Ölwirtschaft der Industriegesellschaft, die in den 1970er Jahren zusammenbrach, und einer unkontrollierten Digitalindustrie sieht, die die Entwicklung der KI ins Unbekannte treibt, sowie mit einer chinesischen Autokratie, die die Zukunft eher in erneuerbaren Energien sieht. China hat einen Plan, einen langfristigen Plan mit einer Strategie. Sich darauf einzustellen bedeutet nicht nur, seine Rolle im geopolitischen Weltgefüge zu finden, sondern auch Maßnahmen zu ergreifen, um die Demokratie in einer Zeit zu retten, in der sie zunehmend ausgehöhlt wird. Ein Übergang vom Kulturkampf zur Sachpolitik bedeutet, die Frage der Verteilung in einer globalen Perspektive in den Mittelpunkt zu stellen und Pikettys Formel  $r > g$  zu thematisieren/konfrontieren, die höchst aktive Reliquie, die vom Glauben an den sich selbst regulierenden Weltmarkt übrig geblieben ist.

Die Planlosigkeit der US-Politik prägt auch die Politik Europas. Das elitäre Zukunftsdenken und die Zukunftsplanung der amerikanischen Tech-Oligarchen finden jedoch in Europa noch keine Entsprechung, dessen Herausforderung es ist, das Zukunftsdenken demokratisch zu gestalten und dabei den amerikanischen Elitismus, den Autoritarismus und das disruptive Chaos abzulehnen. Sicherlich gibt es in Europa Ansätze, die Zukunft langfristig und planmäßig gestalten zu wollen, wie beispielsweise in Draghis Bericht an die EU-Kommission. Die Frage ist, ob Europa über genügend Handlungsfähigkeit verfügt, um dies umzusetzen, als Beginn einer Reaktivierung des Zukunftsdenkens mit Hilfe einer demokratischen Sachpolitik unter Ablehnung des populistischen Kulturkampfes.

In diesem Rahmen könnten politische Kooperationsprojekte in den Bereichen Arbeitskräfte, grüne Energie, seltene Mineralien usw. entwickelt werden, indem man Afrika als Lieferant von Fertigprodukten nach Europa statt als Rohstofflieferant entwickeln lässt und dazu beiträgt. Der Teufelskreis ungleicher Handelsbedingungen muss beendet werden. Die Verarbeitung muss in Afrika stattfinden, und dafür sind Kooperationen in den Bereichen Bildung und Forschung erforderlich, die langfristig auf Augenhöhe stattfinden. Die neoliberalen Direktinvestitionen haben eher die kolonialen Strukturen mit ungleichen Handelsbedingungen gefestigt. Die Zukunft liegt in der Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung der Digital-, Energie- und E-Mobilitätsindustrie. Ausgangspunkt dabei ist, dass Afrika zunehmend von einem Technologieboom mit Start-ups und Innovationen geprägt ist. Das Afrika von heute ist nicht das Afrika von gestern, nicht das koloniale Afrika, der dunkle Kontinent. Ja, es gibt immer noch Ausbeutung, Slums und Hunger, Klimakatastrophen und Bürgerkriege. Aber es gibt auch Aufbruchstimmung, an die man anknüpfen und die man unterstützen kann. Die Entwicklung muss natürlich die starken Interessen Chinas in Afrika berücksichtigen, indem sie Positionen für eine friedliche Koexistenz, wenn nicht sogar Zusammenarbeit, sucht. Die grundsätzliche Offenheit gilt natürlich auch für Asien und Lateinamerika. Das grundlegende Ziel ist die Verringerung von Armut, Hunger, Krieg und Wetterkatastrophen im Zuge des

Klimawandels. Die Aufgabe betrifft die Selbstbestimmung Afrikas in einer anderen Weise als im Konzept der Unabhängigkeit im Rahmen der Entkolonialisierung. Eine Entwicklung in dieser Richtung würde den Migrationsdruck auf Europa verringern, die gesamte Frage entschärfen und gleichzeitig die Kontakte und die Kommunikation in geordneter Form ausweiten.

Die Entwicklungshilfe hat es nie geschafft, die bestehenden ungleichen Wirtschaftsstrukturen zu verändern, was nicht gleichbedeutend ist mit der Behauptung, dass keine Entwicklung stattgefunden habe. Aber die Dependenztheorie kann nicht die endgültige Antwort sein. Die Zukunft muss von Unabhängigkeit durch Interdependenz auf gleicher Ebene in Beziehungen geprägt sein, die horizontal statt hierarchisch vertikal miteinander verflochten sind. Diese Beschreibung klingt möglicherweise wie eine Rückkehr zur neoliberalen Erzählung vom einzigen Weltmarkt rund um das globale Dorf, aber darum geht es ausdrücklich nicht, sondern um eine Weltgemeinschaft, die nicht automatisch funktioniert, sondern durch gestaltende Politik und mit internationalen Organisationen rund um eine erneuerte UNO. Dies ist jedoch ein späterer Schritt in der hier skizzierten Vision. Es geht darum, irgendwo anzufangen, Initiativen in eine neue Richtung zu ergreifen. Hier könnte ein neues Eurafrika konkret genug sein, um Maßnahmen anzustoßen.

Es versteht sich von selbst, dass es in diesen Zeilen nicht um ein politisches Aktionsprogramm geht, sondern um eine Vision. Ohne Visionen für die Zukunft gibt es keine konkrete Politik und keine Alternativen zu drohenden Untergangsstimmungen, die sich leicht selbst verstärken. Es ist eine Vision von mehr globaler Offenheit und mehr Kommunikation in einer Zeit, in der es um geopolitische Abgrenzung mit aggressivem Kulturkampf zu gehen scheint. Es ist eine Vision von Wandel durch Handel, aber in einem ganz anderen Sinne als das deutsch-russische Arrangement, das nach 1990 von der Illusion getrieben war, dass dieses automatisch vom Markt geregelt würde. Die Vision muss durch gestaltende Politik verwirklicht werden. Letztendlich wird behauptet, dass die Vision ein ebenso wichtiger Teil der Realität ist wie die Zusammenfassung der Realität in einem geopolitischen Machtkampf, der keine anderen Ziele hat als die Macht an sich. Ohne Alternativen gibt es keine Demokratie. Das war der Punkt, den die neoliberale Marktgeschichte übersehen hat.

*Übersetzung von DeepL und Bo Stråth aus dem Schwedischen des Artikels Bo Stråth, "En världsordning i upplösning. Vad nu? 3. Ett värdebaserat Europa i en nihilistisk tid." Statsvetenskaplig Tidskrift Vol 127 Nr 4 December 2025.*

## Referenzen:

Amlinger, Caroline & Nachtwey, Oliver, 2023. *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.

- Amlinger, Caroline & Nachtwey, Oliver, 2025. *Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus*. Berlin: Suhrkamp
- Baran, Paul, 1957. *The Political Theory of Growth*. New York: Monthly Review Press.
- Baran, Paul & Sweezy, Paul, 1966. *Monopoly Capital. An Essay on the American Economic and Social Order*. New York: Monthly Review Press.
- Bernard, Andreas, 2025. "Vater der Gewalt," *Spiegel* 1 August
- Biebricher, Thomas, 2023. *Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Brown, Wendy, 2010. *Walled States, Waning Sovereignty*. Princeton: Princeton University Press.
- CNN, 2024. "JD Vance defends baseless rumour about Haitian immigrants eating pets" <https://edition.cnn.com/2024/09/15/politics/vance-immigrants-pets-springfield-ohio-cnntv>
- Eurostat 2025. *Demography of Europe*. Brussels: EU.
- Frank, André Gunder, 1969. *Underdevelopment or Revolution*. New York: Monthly Review Press.
- Girard, René, 1972. *La violence et le sacré*. Paris: Grasset.
- Girard, René, 1978. *Des choses cachées depuis la fondation du monde*. Paris: Grasset.
- Habermas, Jürgen, 1982. "The Entwinement of Myth and Enlightenment: Re-Reading 'Dialectic of Enlightenment'" *New German Critique* 26 (4): 13-30.
- Habermas, Jürgen, 2025. "Für Europa". *Süddeutsche Zeitung* 21.03.2025 (<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-gastbeitrag-europa-e943825/>). English version <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-essay-europa-e494414/>
- Hansen, Peo & Jonsson, Stefan, 2015. *Eurafrica: The Untold History of European Integration and Colonialism*. London: Bloomsbury.
- Horkheimer, Max and Adorno, Theodor W, 1947. *Dialectic of Enlightenment*. Amsterdam: Querido.
- IMF, 2009. *International Financial Stability Report*. April.
- Kohlenberger, Judith, 2025. *Migration Panic: How Isolationist Policies Promote Authoritarianism*. Vienna: Picus.
- Leslie, Paul, 2025. "From Philosophy to Power: The Misuse of René Girard by Peter Thiel, J D Vance and the American Right," *Salmagundi* 226-227, Spring-Summer.
- Mair, Peter, 2013. *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*. London: Verso.
- Mangold, Ijoma, 2025. "Eine Milliarde Ideen," *Die Zeit*, 27 July.
- Manow, Philip, 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Mazzucato, Mariana, 2021. *Mission Economy. A Moonshot Guide to Changing Capitalism*. London: Allen Lane.
- Mudde, Cas, 2021. "Populism in Europe: An Illiberal Democratic Answer to Undemocratic Liberalism." *Government and Opposition* Vol 56 Iss 4 Oct.



- Münkler, Herfried, 2023. *Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*. Berlin: Rowohlt.
- Neumann, Peter R & Schneider, Richard C, 2025. *Das Sterben der Demokratie. Der Plan der Rechtspopulisten in Europa und den USA*. Berlin: Rowohlt.
- Nkrumah, Kwame, 1965. *Neocolonialism. The Last Stage of Imperialism*. London: Thomas Nelson & Sons.
- Piketty, Thomas, 2013. *Le Capital au XXI<sup>e</sup> siècle*. Le Seuil, Paris.
- Piketty, Thomas, 2015. *L'économie des inégalités*. Découverte, Paris,
- Piketty, Thomas and, Sandel, Michael, 2025. *Equality. What it Means and What It Matters*. Cambridge: Polity.
- Rodney, Walter, 1972. *How Europe Underdeveloped Africa*. London: Bougle-L'Ouverture Publications.
- Sandel, Michael, 2021. *Tyranny of Merit*. Penguin.
- Sandel, Michael, 2022. *Democracy's Discontent*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Shiller, Robert, 2012. *The Subprime Solutions: How Today's Global Finance Crisis Happened, and What To Do About It*. Princeton: Princeton University Press.
- SOU, 2025. *En kulturkanon för Sverige (A Cultural Canon for Sweden)*. Report by the Committee on a Cultural Canon for Sweden. 2 Sept.
- Stråth, Bo, 2023. *The Brandt Commission and the Multinationals. Planetary Perspectives*. London: Routledge.
- Stråth, Bo, 2024 a. "Difference and Créolité: An essay on a planetary universalism." Blog. <https://www.bostrath.com/planetary-perspectives/a-planetary-metanorm/difference-and-creolite-an-essay-planetary-universalism> Published 27.08.2024.
- Stråth, Bo. 2024 b. "The United Nations and the Visions of the Future: Brandt, Carlsson-Ramphal and the Pact for the Future." Blog. <https://www.bostrath.com/planetary-perspectives/ordering-of-space-and-time/the-united-nations-and-the-visions-of-the-future/> Published 23.09.2024
- Stråth, Bo, 2025 a. "A world order in disarray. What now? 1. The meeting of empires in Europe and Europe's response." *Statsvetenskaplig Tidskrift* No. 2 June.
- Stråth, Bo, 2025 b. "A world order in disarray. What now? 2. Low-intensity democracy without alternatives, nihilism and algorithms." *Statsvetenskaplig Tidskrift* No. 3 September.
- Trägårdh, Lars, 1993. "The Concept of the People and the Construction of Popular Political Culture in Sweden and Germany, 1800-1933." PhD University of California, Berkeley.
- Tönnies, Ferdinand, 1987. *Gemeinschaft und Gesellschaft (1887)*. <https://germanhistory-intersections.org/de/wissen-und-bildung/ghis:document-163> [28.07.2025].
- UN, 2024. Department of Economic and Social Affairs, Population Division. *World Population Prospects*.

*Vinge, Simon & Fjaestad, Maja, 2025. Algorithmic Rule. Brussels: Foundation for European Progressive Studies.*

*Wallerstein, Immanuel, 1979. The Capitalist World Economy. Cambridge: Cambridge University Press.*

### **How to quote:**

Cit. Bo Stråth, "Eine Weltordnung im Umbruch. Was nun? 3. Ein wertebasiertes Europa in einer nihilistischen Zeit" Blog.

<https://www.bostrath.com/planetary-perspectives/eine-weltordnung-im-umbruch-was-nun-3/> Published 18.12.2025.